

## Suppe und Glühwein . . .

Ehrungen beim Skiclub: Erinnerung an Schwarzwald-Sonntage. ► SEITE 7

## Basar macht auf jeden Fall Sinn

Skiclub: Gut Gebrautes kommt in neue Hände. ► SEITE 7

## Zwei Neubauvorhaben im Kreis

Kreiswohnungsverband baut in Hochdorf und in Mutterstadt. ► SEITE 9

Freitag, 13. Dezember 2024 · 1,20 €

Amtliches Organ der Stadtverwaltung Schifferstadt

120. Jahrgang · Nr. 290

### WETTER

Heute

 -2° – 4°

► FERNSEHEN / WETTER

### HEUTE LOKAL

#### Parkinson ist nicht ansteckend – Ping Pong Parkinson schon

In diesen Tagen ist es nun ziemlich genau ein halbes Jahr her, dass der Speyerer Tischtennis-Club (TTC) eine Abteilung Ping Pong Parkinson (PPP) für Parkinson Erkrankte aus Speyer und Umgebung mit Unterstützung durch den vor fünf Jahren gegründeten Verein Ping Pong Parkinson ins Leben rief. Was nach einem „Werbeauftritt“ des kompetenten, lizenzierten Tischtennisstrainers Klaus Niebes aus Speyer bei der Parkinson Selbsthilfe Gruppe in Schifferstadt mit acht Betroffenen im Juni 2024 begann, ist nun auf eine schlagkräftige Truppe von ca. 20 Mitgliedern angewachsen.

► SEITE 9

WWW.  
schifferstadter-  
tagblatt.de

### INHALT

Lokal	7
Notrufe	8
Sudoku	8
Rätsel	8
Roman	10
Anzeigen	12

### KONTAKT

Schifferstadter Tagblatt  
Bahnhofstraße 70  
67105 Schifferstadt

Telefon 06235/92690  
www.schifferstadter-  
tagblatt.de

Abonnenten-Service:  
Telefon 92690  
info@schifferstadter-tagblatt.de

Anzeigenabteilung:  
Telefon 92690  
anzeigen@schifferstadter-  
tagblatt.de

Redaktion:  
Telefon 92690  
redaktion@schifferstadter-  
tagblatt.de

Kostenlose Newsletter:  
www.schifferstadter-tagblatt.de/  
newsletter

Soziale Medien  
www.facebook.com/  
schifferstadter.tagblatt  
Instagram  
@schifferstadtertagblatt  
linkedin  
www.linkedin.com/company/  
schifferstadtertagblatt  
WhatsappKanal

#### Öffnungszeiten des Verlagsbüros:

Dienstag, Donnerstag:  
8 bis 11 Uhr.

Telefonisch erreichen Sie uns:  
Montag bis Freitag von  
8 bis 12 Uhr.  
Sollten Sie Ihr Tagblatt nicht  
erhalten haben, melden Sie uns  
dies - gerne auch per Mail -  
bis spätestens 11 Uhr.



Der Ausbau der Elektromobilität und die zunehmende Digitalisierung des Autos stellen die Autoindustrie vor Herausforderungen. Foto: dpa

## Habeck will E-Autos fördern

Wirtschaftsminister: Nachfrage mit Ladestromguthaben ankurbeln / Auch BSW-Gründerin Wagenknecht hat eine Idee

BERLIN (dpa). Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck will mit Ladestromguthaben und Steueranreizen die schwache Nachfrage nach Elektroautos ankurbeln. „Das Laden muss einfacher und billiger werden. Es braucht außerdem Anreize für E-Autos“, sagte der Grünen-Politiker. Er schlägt unter anderem ein Ladestromguthaben von 1.000 Euro für das Laden an öffentlich zugänglichen Ladesäulen beim Kauf von gebrauchten oder neuen E-Autos vor – sowie eine steuerliche Förderung bei kleinen und mittleren Einkommen.

Ein bestimmter Anteil der Anschaffungskosten solle wie bei der Förderung der energetischen Gebäudesanierung von der Steuer abgesetzt werden können, heißt es in einem Papier. Für Menschen mit niedrigem Einkommen hält das Ministerium auch Alternativen wie ein „Sozialleasing“-Modell für denkbar.

Der Spielraum der amtierenden rot-grünen Koalition für Entscheidungen ist allerdings begrenzt. Nach dem Bruch der Ampel-Koalition haben SPD

und Grüne im Bundestag keine Mehrheit mehr. In dem Papier des Wirtschaftsministeriums ist außerdem keine Rede davon, woher das Geld für Maßnahmen wie ein staatlich finanziertes Ladestromguthaben kommen soll. Ende September hatte Habeck nach einem „Autogipfel“ mit Branchenvertretern gesagt, es solle keine „Strohfeuermaßnahmen“ geben.

Die europäische Autoindustrie stehe unter erheblichem Druck, heißt es in dem Papier. Genannt werden der Ausbau der Elektro-

mobilität und die zunehmende Digitalisierung des Autos. Zugleich sei die globale Nachfrage derzeit schwach, während zugleich neue Wettbewerber, insbesondere aus China und den USA, den Konkurrenzdruck deutlich erhöhen. Oberste Priorität sei es, jetzt Klarheit und Planungssicherheit seitens der Politik herzustellen, heißt es im Papier des Wirtschaftsministeriums. Zudem brauche es dringende Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. Um mehr E-Autos anstelle von

Verbrennern auf die Straße zu bekommen, hatte Frankreich zu Jahresbeginn das sogenannte Sozialleasing gestartet. Die Bedingungen sind streng. Das Angebot richtete sich an Menschen mit sehr geringem Einkommen, die beruflich auf das Auto angewiesen sind und mindestens 15 Kilometer von ihrer Arbeitsstelle entfernt leben.

Genutzt wurde das Angebot von 50.000 Haushalten, doppelt so viele wie ursprünglich gedacht. Weil der Fördertopf leer war und Nachschub an E-Autos fehlte, kamen Antragsteller zeitweise nicht mehr zum Zuge. Wegen Sparzwängen reduziert Frankreich die Förderung von E-Autos, will aber das Sozialleasing fortführen.

Das Bündnis Sahra Wagenknecht schlägt ein staatlich gefördertes „Volksleasing“ mit Raten ab 58 Euro vor. Das soll sich am französischen Vorbild des „Sozialleasing“ für E-Autos orientieren, aber mit einem entscheidenden Unterschied: Gefördert werden sollten auch Verbrenner mit weniger als 5 Litern Verbrauch je 100 Kilometer, fordert Parteigründerin Sahra Wa-

genknecht. Die Rate wäre so hoch wie der monatliche Preis für das Deutschlandticket ab 2025.

„Eine erfolgreiche Erneuerung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Automobilindustrie sind jetzt von zentraler Bedeutung.“

Robert Habeck,  
Bundeswirtschaftsminister

„Vielen Menschen in Deutschland nützt das Deutschlandticket nichts, weil es in ihrer Nähe schlicht keinen relevanten öffentlichen Nah- und Fernverkehr gibt“, sagte Wagenknecht. Für E-Autos fehle vielfach die Infrastruktur. Nötig sei ein staatliches Leasingprogramm, das spritarme Mobilität für Gering- und Normalverdiener garantiert. Spitzenverdiener sollten bei dem Programm außen vor bleiben.



Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck sieht auch eine steuerliche Förderung bei kleinen und mittleren Einkommen vor. Foto: dpa

## „Kooperation mit Syrien denkbar“

BAGDAD (dpa). Verteidigungsminister Boris Pistorius macht sich nach dem Umsturz in Syrien für eine verstärkte Zusammenarbeit zur Stabilisierung der Lage im Nahen Osten stark. Am Rande von Regierungsgesprächen im Irak stellte der SPD-Politiker auch ein größeres Engagement Deutschlands in Aussicht, wenn dies gewünscht sei. Mit Blick auf die Lage in Syrien sagte er, eine Zusammenarbeit mit den neuen Machthabern sei unter Umständen denkbar. „In den kommenden Monaten wird es jetzt natürlich darum gehen, neue Formate der Sicherheitskooperation zu gestalten in der Region, um deutlich zu machen, dass wir hier Verantwortung übernehmen, weiter übernehmen wollen, auch in Zukunft. Auch mit Blick auf Syrien“, sagte Pistorius. Pistorius traf in Bagdad den irakischen Ministerpräsidenten Mohammed al-Sudani und den irakischen Verteidigungsminister Thabet al-Abbasi. Beide hätten Berichte über die andauernde Bedrohung durch die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) bestätigt, hieß es danach.

## Scholz will nicht Vizekanzler sein

BERLIN (dpa). Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) will bei einer Wahlniederlage am 23. Februar nicht Vizekanzler unter einem Regierungschef Friedrich Merz (CDU) werden. „Das würde ich nicht“, sagte er in einem Interview von Deutschlandfunk Kultur auf eine entsprechende Frage. Die SPD liegt in den Umfragen derzeit zwischen 14 und 22 Prozentpunkte hinter der Union, hat aber zuletzt leicht aufgeholt. Scholz war vor seiner Kanzlerschaft zwischen 2018 und 2021 Vizekanzler und Finanzminister unter CDU-Regierungschefin Angela Merkel. Als mögliche Stellvertreter von Merz in einer Koalition von Union und SPD kämen aus der SPD Verteidigungsminister Boris Pistorius und SPD-Parteichef Lars Klingbeil in Frage.



## Voigt wird Ministerpräsident

Brombeer-Koalition allein ohne Mehrheit in Thüringen: CDU-Mann mit Stimmen der Linken gewählt

ERFURT (dpa). Die befürchtete Zitterpartie blieb aus: Thüringens Landtag hat CDU-Landeschef Chef Mario Voigt zum Ministerpräsidenten gewählt – obwohl seine bundesweit einzigartige Brombeer-Koalition aus CDU, BSW und SPD keine Mehrheit hat. Ausgerechnet die Linke, deren langjährigen Regierungschef Bodo Ramelow der 47-Jährige ablöst, verhalf Voigt bereits im ersten Wahlgang ins Amt.

Der bisher beispiellose Vorgang ist einem Patt im Landtag und einer außerordentlich starken AfD mit ihrem Rechtsaußen

Björn Höcke geschuldet – und nicht zuletzt auch dem Debakel von 2020, als der FDP-Politiker Thomas Kemmerich durch AfD-Stimmen ins Amt des Ministerpräsidenten kam und wenige Tage später wieder zurücktrat.

Die Brombeer-Koalition, die nicht nur mit einem Brombeerstrauch vom BSW für den neuen Regierungschef gefeiert wurde, verfügt im Landtag in Erfurt über 44 von 88 Stimmen – ein Patt. Für die Wagenknecht-Partei ist die Koalition in Thüringen nach Brandenburg bereits der zweite Einstieg in eine Landesre-

gierung im Jahr der Parteigründung. Voigt konnte seine Wahl selbst kaum fassen: 51 Abgeordnete stimmten für den promovierten Politikwissenschaftler. 33 votierten gegen ihn, vier enthielten sich. Eigentlich waren nur 45 Ja-Stimmen nötig. Wegen der geheimen Abstimmung in Wahlkabinen blieb offen, ob auch Stimmen von der AfD kamen.

Mit der Regierungsbildung startet in Thüringen ein bundesweit neues Experiment der parlamentarischen Zusammenarbeit. Auch nach Meinung von Experten handelt es sich nicht

um eine Tolerierung. Das Thüringer Konstrukt sei schon deshalb keine Tolerierung, weil es um die Bildung von Mehrheiten mit der Linken nur in Einzelfällen gehe, sagt der Erfurter Politikwissenschaftler André Brodacz. Der Bochumer Politologe Oliver Lembecke spricht von einer „Thüringer Innovation“. Der Unvereinbarkeitsbeschluss der CDU zur Linken sei damit faktisch aufgehoben. Dieser beziehe sich auf eine strategische Koordinierung mit Links und Rechts. Die Linke habe damit faktisch eine „Veto-Position“.



Mario Voigt (CDU) freut sich nach seiner Wahl zum thüringischen Ministerpräsidenten über eine Brombeerpflanze. Foto: dpa

## KOMMENTARE



Thüringen:  
Brombeer-Parfait mit  
reichlich roter Grütze

Von Jens Kleindienst  
jens.kleindienst@vrm.de

Mario Voigt hat es geschafft. Nicht nur, dass der Christdemokrat mit Geschick eine Koalition aus CDU, BSW und SPD zimmern konnte. Die fehlende Stimme für die unfallfreie Wahl zum Thüringer Ministerpräsidenten hat er sich im Lager der Linken organisiert, und ein paar Stimmen extra gab's noch dazu. Man kann die Pointe auf die Spitze treiben: Letztlich kam die entscheidende Stimme für Voigt von seinem Vorgänger Bodo Ramelow persönlich. Das muss man erstmal hinbekommen.

Hat Mario Voigt seine Seele verkauft, um das lang ersehnte Amt zu ergattern? Zumindest im Koalitionsvertrag ist nichts niedergeschrieben, wofür sich ein Mitglied der CDU schämen müsste: mehr Bildung, mehr Sicherheit, konsequentes Handeln in der Migrationspolitik, ein Schub für die Digitalisierung der Verwaltung – landespolitisches Graubrot. Auch hat Voigt sich von der Wagenknechtpartei BSW keine friedenspolitischen und militärkritischen Verrenkungen abhandeln lassen. Das unterscheidet ihn vom Brandenburger Amtskollegen Dietmar Woidke und dessen SPD.

Bleibt die Frage der Mehrheit, welche die Dreierkoalition im Thüringer Landtag nicht hat. Will die neue Brombeer-Regierung Gesetze beschließen, braucht sie dafür mindestens eine Stimme aus den Reihen der Opposition. Weil Absprachen mit der AfD tabu sind, kommt dafür nur die Linke infrage. Insofern ist es konsequent, dass Voigt und seine Bündnispartner ihre Regierungsbenteuer durch ein Abkommen mit der Linken absichern. Zwar behaupten alle Beteiligten, es handele sich nicht um eine Tolerierung, doch was soll es sonst sein? Das Erfurter Brombeer-Parfait wird den Thüringern mit einer ordentlichen Portion Roter Grütze serviert.

Voigt hat mit seiner „Thüringer Innovation“ den Unvereinbarkeitsbeschluss seiner Partei mit der Linken pulverisiert. Durch die Thüringer Brille betrachtet, ist das konsequent. Wer mit der Russland-Freundin Sahra Wagenknecht eine politische Liaison eingeht, um die erstarkte AfD von der Macht fernzuhalten, kann kaum erklären, warum er dann den gefühlten Sozialdemokraten Ramelow links liegen lässt und damit das ganze Projekt gefährdet. Richtig ist aber auch, dass Voigt der Union und nicht zuletzt ihrem Kanzlerkandidaten Friedrich Merz einiges zumutet. Die neue Farbenlehre der CDU dürfte zumindest in Westdeutschland etlichen Stammwählern Augenflimmern bescheren. Es gab Forderungen aus der Union, ebendies zu vermeiden und Thüringen lieber der AfD zu überlassen. Nun kommt es anders, und das ist eine gute Nachricht.



Behörden geben  
mit vollen Händen  
(fremdes) Geld aus

Von Sascha Kircher  
xsascha.kircher@vrm.de

Wer meinte, dass die Berateraffäre der ehemaligen Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen irgendwelche strukturellen Konsequenzen nach sich gezogen hätte, ist entweder sehr naiv oder sehr töricht. Glaubt man dem Bundesrechnungshof, werden an entscheidenden Stellen, ob bei der Deutschen Rentenversicherung oder bei der Bundeswehr, immer noch mit vollen Händen Millionen ausgegeben, ohne immer auf eine sinnvolle Verwendung zu achten. Was die Großzügigkeit in Ministerien und Behörden – übrigens nicht nur auf Bundesebene – entscheidend erleichtert: Es geht nicht ums eigene Geld, sondern das des Steuerzahlers. Anders als in der freien Wirtschaft ist Nachschub also stets gesichert. Und die Frage der Haftung ist weiterhin sträflich ungeregelt, wie das millionenschwere Mautdebakel des einstigen Verkehrsministers Andreas Scheuer gezeigt hat. Seit Jahren nicht angetastete Strukturen, in denen es möglich ist, teils freihändig riesige Summen an „befreundete“ Beraterunternehmen zu vergeben, mit denen man seit Jahren „vertrauensvoll“ zusammenarbeitet, gehören dringendst auf den Prüfstand. Nicht zuletzt um zu verhindern, dass diese Firmen die öffentliche Hand als Goldgrube und Selbstbedienungsladen betrachten. Der Gipfel der Unverfrorenheit, das zeigt der aktuelle Bericht der Rechnungsprüfer, ist ein weitgehend inhaltsleeres zehnteitiges „Papier“, das eine Beratungsfirma für eine dreiviertel Million zusammenschusterte. Das hätte eine KI-Anwendung vermutlich mindestens genauso gut hinbekommen. Die Frage muss erlaubt sein: Gibt es in diesen Häusern nicht ausreichend qualifiziertes, gut bezahltes Personal?



Menschen in der syrischen Hauptstadt Damaskus bejubeln auch Tage nach der Flucht Assads den Umsturz in ihrem Land. Die Zukunft bleibt ungewiss.

Foto: dpa

## Berlin will nicht abseits stehen

Syrien: Nach Assads Fall will Deutschland auf die neuen Machthaber zugehen / Pistorius: Putin nicht das Feld überlassen

Von Jan Drebes

**BERLIN.** Die Welt schaut auf Syrien und die Bundesregierung will nicht tatenlos daneben stehen. Nach Jahrzehnten der Diktatur durch die Familie des gestürzten Präsidenten Baschar al-Assad brechen jetzt alte Strukturen in dem Land auf, das für den Nahen Osten von großer Bedeutung ist. Auch Assads wichtigem Unterstützer, Russlands Präsident Wladimir Putin, wurde durch den Regimестurz eine Niederlage zugefügt. Westliche Staaten erkennen darin nun eine historische Möglichkeit zur Einflussnahme für Demokratie und mehr Frieden in der Region.

Minister: Westen kann helfen, Region zu stabilisieren

Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) sieht in dem durch Rebellen der islamistischen HTS-Miliz herbeigeführten Umsturz eine Chance für den Westen, sich anstelle Russlands als Partner Syriens anzubieten.

Es sei nicht auszuschließen, dass Russland mit einem „dauerhaften Rückzug“ auf den Sturz seines Verbündeten Assad reagieren werde, sagte Pistorius am Donnerstag bei einem Besuch in Erbil im Nordirak. Putin hatte zuletzt noch Teile seiner Marine in Syrien stationiert.

„Wir haben Putin seinerzeit dieses Feld überlassen“, sagte Pistorius. Nun gehe es darum, „mit den neuen Verantwortlichen in Syrien und der Region einen Weg zu mehr Frieden und Stabilität zu finden“, sagte der SPD-Politiker weiter. Der Westen müsse nun klar machen, dass er eine Rolle bei der Stabilisierung der Region spielen könne und wolle. „Von daher sind wir gut beraten, unsere Unterstützung für die Region entsprechend entschlossen zu dokumentieren.“

Pistorius kündigte rasche Gespräche mit der von der islamistischen HTS-Miliz geführte Übergangsregierung an. „Wir werden mit dem politischen Arm der HTS reden, so schnell

wie möglich, alle gemeinsam, um deutlich zu machen, dass wir bereit sind, mit beizutragen zur Stabilisierung der Region, des Landes Syrien“, sagte er. Pistorius befindet sich derzeit auf einer Reise im Nahen Osten. Am Donnerstag besuchte er Bundeswehrsoldaten, die im Norden Iraks stationiert sind. Dabei zeigte er sich offen für eine Ausweitung der Mission deutscher Soldaten zur Stabilisierung der Region. Am Vortag war Pistorius in Jordanien.

Auch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) äußerte sich zum Ziel, Einfluss zu nehmen auf die weitere Entwicklung in Syrien und in der Region. „Jetzt ist unsere Aufgabe, zu gucken, dass dort ein Leben möglich wird, sicher, wo man ohne Angst sich bewegen kann“ und wo „die ganz unterschiedlichen ethnischen

und religiösen Gruppen zusammenleben“, sagte Scholz im Deutschlandradio Kultur.

Doch die Unsicherheiten sind nach wie vor groß mit Blick auf die neuen Machthaber in Syrien. Der Kanzler räumte ein, es lasse sich derzeit noch nicht sagen, „ob die verschiedenen Beteiligten jetzt dieses Ziel haben oder nicht“. Die Bundesregierung sei aber dabei, „zu allen Kontakten aufzubauen und Gespräche zu führen“. Mit Blick auf Zusicherungen der aktuell dominierenden islamistischen HTS-Miliz fügte der Kanzler hinzu: „Wenn man das nimmt, was öffentlich gesagt wird von einer der Hauptverantwortlichen, ist die Chance da.“

Die Miliz HTS ist aus der Al-Nusra-Front, dem syrischen Ableger des Terrornetzwerkes Al-Kaida hervorgegangen, hat nach

eigenen Angaben aber seit 2016 keine Verbindungen mehr zu Al-Kaida. Ihr Anführer Mohammed al-Dscholani präsentiert sich moderat. Viele westliche Staaten, darunter die USA, stuften die Miliz aber als Terrororganisation ein.

Außenministerin hofft auf baldige freie Wahlen in Syrien

Die Erwartungen an die weitere Entwicklung dürften „nicht zu hoch geschraubt“ werden, schränkte Pistorius ein. „Nach 50 Jahren Autokratie und Diktatur kann man nicht erwarten, dass morgen die Dinge plötzlich ganz anders laufen. Das braucht Zeit, das braucht Unterstützung.“ Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne) nannte in Berlin als Ziel des Übergangsprozesses die Abhaltung von „freien Wahlen“. Tschechien kündigte bereits an, seine Botschaft in Damaskus nach dem Umsturz in Syrien so bald wie möglich wiedereröffnen zu wollen. Ob Deutschland das auch tun wird, blieb offen.



Boris Pistorius  
Foto: dpa

## Nach Assads Sturz schafft Netanjahu Fakten

Unmittelbar nach der Machtübernahme der Rebellen zerbombt Israel Syriens Militärarsenal fast komplett / Verstoß gegen Völkerrecht

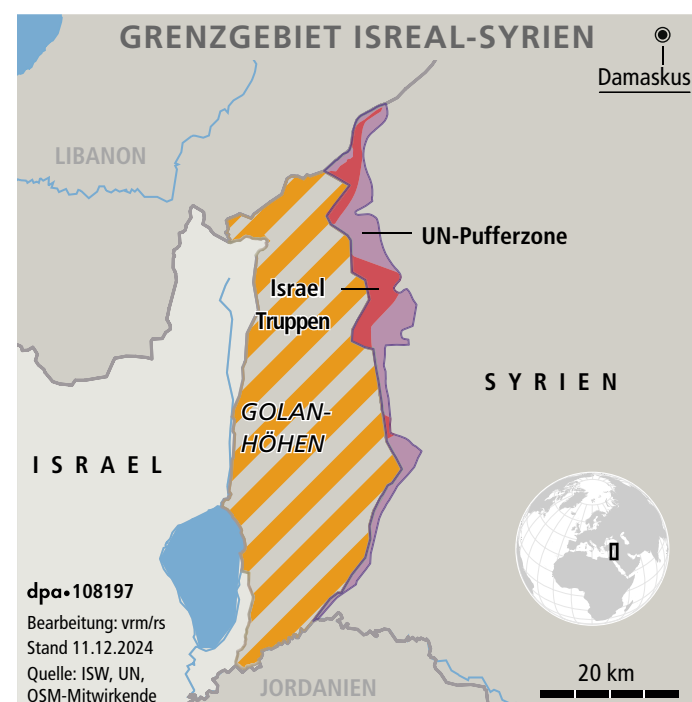
Von Sara Lemel  
und Johannes Sadek

**TEL AVIV/DAMASKUS.** Zuletzt hatte Israel im Sechstagekrieg 1967 die Luftwaffe eines feindlichen Nachbarlandes fast komplett zerstört. Schon in den ersten Stunden des Krieges wurden damals die meisten Flieger Ägyptens noch am Boden zerbombt. Nach der Machtübernahme der Rebellenallianz im nördlichen Nachbarland Syrien hat Israel diesmal binnen 48 Stunden nicht nur die Luftwaffe vernichtet. Sondern auch die Marine, Flugabwehrbatterien, Waffenproduktionsstätten sowie die meisten strategischen Waffen wie Scud-Raketen. Und auch Marschflugkörper ebenso wie Drohnen und Panzer wurden nach israelischen Armeeangaben zerstört. Dies seien bis zu 80 Prozent der militärischen Kapazitäten, über die der gestürzte syrische Machthaber Baschar al-Assad verfügt hatte, hieß es.

Als Rechtfertigung für den in Syrien beispiellosen Großangriff wurde die Sorge genannt, die

Waffen könnten „in die Hände terroristischer Elemente fallen“. Hintergrund: Die siegreichen Aufständischen, die seit dem Wochenende in Damaskus das Sagen haben, werden von Islamisten angeführt. Israels Vorgehen stößt international auf ein geteiltes Echo. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, Michael Roth, sagte im Deutschlandfunk, er könne Israels Vorgehen gut verstehen. „Denn von den Massenvernichtungswaffen, die sich in Syrien befinden, vor allem auch von biologischen und chemischen Waffen, geht eine immense Gefahr aus“, sagte der SPD-Politiker. Es könne nicht im Interesse Israels sein, dass ein möglicherweise islamistischer Staat über eigene brandgefährliche Waffen verfüge. Man müsse dafür sorgen, dass aus Syrien keine Gefahr für die ganze Region, aber auch für Europa ausgehe.

Völkerrechtlich ist das Vorgehen laut Roth hingegen bedenklich. Er halte es nicht für klug, dass israelische Soldaten auf syrisches Staatsgebiet vordringen,



erklärte er. Israels Armee hatte nach der Übernahme der Kontrolle durch islamistische Rebellen in Syrien Truppen in die 1974 vereinbarte Pufferzone zwischen den von Israel besetzten

Golanhöhen und dem Nachbarland verlegt, darunter auch auf die syrische Seite des Berges Hermon. Dabei handelt es sich um einen strategischen Aussichtspunkt mit Blick auf große

Teile Syriens und Libanons. Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu hatte betont, es sei eine vorübergehende Maßnahme, „bis eine passende Regelung gefunden ist“. Frankreich rief Israel dazu auf, sich aus der Zone zurückzuziehen und die Souveränität und territoriale Integrität Syriens zu respektieren.

In Syrien hält sich die Rebellengruppe HTS unter Anführer Ahmed al-Scharaa, zuvor bekannt als Abu Mohammed al-Dscholani, mit Äußerungen zu Israel bisher zurück. Die massiven israelischen Bombardements im Land kommentierte die Gruppe ebenso wenig wie Bewegungen israelischer Kampftruppen im syrischen Grenzgebiet zu den von Israel annektierten Golanhöhen. Ob die Rebellen die Kontrolle israelischer Truppen in der Pufferzone hinnehmen, ist offen. Dass Israel und die Rebellen in Assad einen gemeinsamen Feind hatten, muss aber keineswegs heißen, dass sie nun friedliche Beziehungen miteinander aufnehmen.

## Hohe Zahl an getöteten Journalisten

**BERLIN** (epd). Im laufenden Jahr sind nach Recherchen von „Reporter ohne Grenzen“ 54 Journalistinnen und Journalisten wegen ihrer Arbeit getötet worden. Besonders riskant sei die Kriegsberichterstattung gewesen, teilte die internationale Journalistenorganisation am Donnerstag in Berlin in ihrer Jahresbilanz der Pressefreiheit 2024 mit. So ist die Zahl der bis zum Stichtag 1. Dezember in Konfliktregionen getöteten Medienschaffenden so hoch wie seit fünf Jahren nicht mehr. Die mit Abstand gefährlichste Region war demnach mit einem knappen Drittel der Getöteten erneut der Gaza-Streifen. Insgesamt kamen dort laut Jahresbilanz der Journalistenorganisation seit Kriegsbeginn am 7. Oktober 2023 mehr als 145 Medienschaffende ums Leben. Weltweit saßen in diesem Jahr 550 Journalistinnen und Journalisten im Gefängnis. Das seien sieben Prozent mehr als im Vorjahr, hieß es. Unter anderem in Israel und Russland sei die Zahl der inhaftierten Medienschaffenden gestiegen.

## Hamburg erlässt Waffenverbot

**HAMBURG** (dpa). Als erstes Bundesland wird Hamburg ein Waffenverbot im gesamten öffentlichen Nahverkehr erlassen. Mit diesem Beschluss nutze der Senat die Möglichkeiten aus dem kürzlich von der Bundesregierung beschlossenen Sicherheitspaket, sagte Innensenator Andy Grote (SPD). „Hamburg ist daher das erste Bundesland, das die Möglichkeiten des Sicherheitspakets jetzt konsequent umsetzt.“ Nach Angaben der Behörde soll es noch in der kommenden Woche in Kraft treten.

## Bulgarien und Rumänien dabei

**BRÜSSEL** (dpa). Bulgarien und Rumänien können ab Anfang Januar vollständig dem grenzkontrollfreien Schengen-Raum beitreten. Nachdem seit März bereits Kontrollen an den Flughäfen und den Seegrenzen weggefallen sind, wird nun auch das freie Reisen über die Grenzen zu Lande möglich, wie die ungarische EU-Ratspräsidentschaft nach einem einstimmigen Beschluss der 27 Mitgliedstaaten in Brüssel mitteilte. Der Schengen-Raum ermöglicht es Menschen, in Europa zu reisen, ohne dabei an den Grenzen kontrolliert zu werden. Insgesamt 29 Länder gehören dazu, darunter EU-Mitgliedsstaaten, aber auch Nicht-EU-Länder wie die Schweiz, Norwegen, Island und Lichtenstein.



Ihr Kontakt zur Zentralredaktion  
E-Mail: [kontakt@vrm.de](mailto:kontakt@vrm.de)  
[wirtschaft@vrm.de](mailto:wirtschaft@vrm.de)  
[kultur@vrm.de](mailto:kultur@vrm.de)  
[sport@vrm.de](mailto:sport@vrm.de)

**Blattmacher:**  
Andreas Härtel (Ltg.), Katharina Volkmann (Ltg.), Thomas Dix (Content-Manager), Alexandra Eckhardt (Content-Manager), Klaus Thomas Heck (Content-Manager), Steffen Nagel (Content-Manager), Beate Nietzel (Content-Manager), Björn-Christian Schüller (Content-Manager), Nadja Anthes-Ploch, Sigrid Babst, Torsten Boor, Ken Chowanetz, Susanne Einhäuser, Andreas Hand, Daniel Holzer, Dirk Janowitz, Peter Kämmerer, Silke Kaul-Fritz, Thorsten Lutz, Jürgen Möcks, Katrin Oltmanns, Carsten Schröder, Volker Schütz, Nicole Suckert

# Zwei Jahre lang keine Erhöhung

Bundesländer wollen den Rundfunkbeitrag 2025 und 2026 bei 18,36 Euro belassen / Einigung mit einschränkender Protokollnotiz

Von Von Anna Ringle und Roland Freund

**BERLIN.** Die Höhe des Rundfunkbeitrags bleibt vorerst bei 18,36 Euro. Aus Sicht der Länder soll der Rundfunkbeitrag in den Jahren 2025 und 2026 nicht steigen. Das teilten mehrere Bundesländer mit. Allerdings liegt die Frage der Rundfunkbeitragshöhe inzwischen beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. Die öffentlich-rechtlichen Medien ARD und ZDF reichten im November Verfassungsbeschwerden ein – mit dem Ziel, dass der Beitrag steigt. Wie und wann das Gericht entscheiden wird, ist offen.

Finanzexperten empfahlen 58 Cent mehr ab 2025

Die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten beschlossen in Berlin zudem Änderungen im Modell, wie der Rundfunkbeitrag generell festgesetzt wird. Der Rundfunkbeitrag an sich bleibt dabei bestehen. Verändern soll sich der Weg, wie von Zeit zu Zeit die Höhe angepasst wird. Es soll künftig laut Beschluss der Ministerpräsidenten eine Art Widerspruchsmöglichkeit der Länder geben. Das soll das Verfahren insgesamt vereinfachen, wenn der Beitrag nur geringfügig steigen soll.

Die Länder stritten schon länger über eine Erhöhung des aktuellen Rundfunkbeitrags um 58 Cent auf 18,94 Euro. Die Erhöhung hatten Finanzexperten – die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) – für die nächste Beitragsperiode von 2025 bis 2028 empfohlen.



Apps der Mediatheken verschiedener Sender auf einem Smartphone: Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten fordern eine Erhöhung der Gebühren und wollen das mit einer Verfassungsbeschwerde durchsetzen. Foto: dpa

Die Zuständigkeit der KEF ist gesetzlich geregelt. Die Bundesländer müssen sich dem Verfahren zufolge eng an der Empfehlung orientieren. Damit sich die Höhe des Rundfunkbeitrags verändert, müssen neben den Ministerpräsidenten auch alle Landesparlamente zustimmen. Die KEF soll nach dem Willen der Länderchefs nun eine neue Empfehlung für die Jahre 2027 bis 2030 ermitteln.

Allerdings gibt es bei der Einigung der Länderchefs eine Einschränkung. Bayern und

Sachsen-Anhalt fügten eine Protokollnotiz hinzu. Sie wollen den Staatsvertragsentwurf zur Finanzierung des Rundfunkbeitrags erst dann unterschreiben und ihren Landtagen zur Anhörung zuleiten, wenn ARD und ZDF die Verfassungsbeschwerden zurücknehmen.

Den Rundfunkbeitrag zahlen Haushalte, Firmen und Organisationen zur Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit ARD, ZDF und Deutschlandradio. Insgesamt kommen so rund neun Milliarden Euro jährlich zusammen.

Die Länder wollen, dass die Sender in den nächsten beiden Jahren eine Rücklage verwenden, um auszugleichen, dass der Beitrag in dieser Zeit nicht steigt. Die KEF hatte hingegen vor einiger Zeit in einem Sondergutachten noch einmal betont, dass ein Unterschreiten der empfohlenen Beitragshöhe von monatlich 18,94 Euro gefährden würde, dass die Rundfunkhäuser ihren derzeitigen Auftrag erfüllen können.

Die Bundesländer legen in Staatsverträgen fest, was der öffentlich-rechtliche Rundfunk

für die Gesellschaft leisten soll. Zum Beispiel geht es um Strukturen oder die Senderanzahl. Um das konkrete Programm, also was die Sender produzieren, geht es bei dem Auftrag nicht. Es gilt in Deutschland per Grundgesetz die Rundfunk- und Pressefreiheit für Medien. Der Rundfunk muss staatsfern sein.

Schon beim letzten Mal vor rund vier Jahren hatten die öffentlich-rechtlichen Sender das höchste Verfassungsgericht in Karlsruhe eingeschaltet, weil sich Sachsen-Anhalt gegen

eine Erhöhung ausgesprochen hatte. Die Richter wiesen das Bundesland damals in seine Schranken. Sie ordneten einen Anstieg des Beitrags mit Monatsverzugs im Sommer 2021 von 17,50 Euro auf aktuell 18,36 Euro an.

Mehr Reformwillen der Medienhäuser gefordert

Auch dieses Mal hatten gleich mehrere Ministerpräsidenten – darunter von Sachsen-Anhalt, Bayern und Brandenburg – schon früh klargestellt, dass sie sich gegen eine Anhebung stellen. Manche der Kritiker fordern mehr Reformwillen der Medienhäuser, sie sprechen auch von verlorenem gegangenen Vertrauen durch den RBB-Skandal.

Befürworter einer Erhöhung sagten, Reformen würden erst mit der Zeit für Einsparungen sorgen. Deshalb müsse man den Häusern das Beitragsplus – auch mit Blick auf die Inflation – zugestehen.

Im Oktober hatten die Ministerpräsidenten trotz des Streits um die Finanzierung eine Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks angeschoben. Die Landesparlamente müssen noch zustimmen. Es geht um schlankere Strukturen.

Einige Beispiele: Ab 2027 soll die Zahl der TV-Kanäle, die den Schwerpunkt Information, Bildung und Dokumentation haben, von vier auf zwei reduziert sein. Welche Sender es in der Gruppe mit Phoenix, Tagesschau24, ARD-alpha und ZDFinfo treffen wird, ist noch unklar. Die Anzahl der regionalen Hörfunkprogramme in der ARD soll von rund 70 Werten auf 53 reduziert werden.

# Zehn Seiten „mit inhaltsleeren Stichworten“

Bundesrechnungshof rügt nutzlose, aber teure Beratungsverträge der Rentenversicherung / Auch Bundeswehr und Bahn im Fokus

Von Birgit Marschall

**BERLIN.** Der Bundesrechnungshof wirft der Deutschen Rentenversicherung vor, millionenschwere Beratungsverträge ohne großen Nutzen und ohne konkrete Zielsetzungen vergeben zu haben. „Zumeist war es nicht nachvollziehbar, wie die Beratungsergebnisse in die Praxis umgesetzt wurden, oder welchen Mehrwert die zum Teil millionenschweren Beratungsaufträge brachten“, heißt es in den Bemerkungen 2024 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes, die der Rechnungshof am Mittwoch dem Bundestag übermittelt hat. Im Jahr 2020 habe die Rentenversicherung noch 4,5 Millionen Euro für Beratungsleistungen ausgegeben, 2024 seien es bereits sieben Millionen gewesen.

Verstöße gegen das Gebot der Wirtschaftlichkeit

Der Rechnungshof erstellt zum Abschluss jedes Jahres einen Bericht zu den geplanten Ausgaben in den 16 Einzelplänen des Bundeshaushalts. Obwohl die Rechnungshofberichte eine breite Öffentlichkeit und viele Bürger erreichen, haben sie in der Regel wenig praktische Auswirkungen, weil Regierungen sich nicht an die Empfehlungen halten.

Im Falle der Rentenversicherung bemängelten die Rechnungsprüfer „Mehrfachbeauftragungen von immer wieder gleichen Beratungsfirmen über mehrere Jahre“. Dies berge erhebliche wirtschaftliche, rechtliche und inhaltliche Ri-



Ein Bürokomplex der Deutschen Rentenversicherung in Frankfurt: Der Bundesrechnungshof übt in seinem Jahresbericht heftige Kritik an der Auftragsvergabepraxis der Körperschaft des öffentlichen Rechts. Foto: dpa

siken, denn der hilfreiche „Blick von außen“ könne dadurch verlorengehen. „Auch wünschten sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verschiedentlich ausdrücklich persönlich bekannte Berater der Beratungsunternehmen. Das sieht der Bundesrechnungshof besonders kritisch“, heißt es in den Anmerkungen.

Die Rentenkasse habe bei der Vergabe bei fast allen Aufträgen keine konkreten Ziele definiert, monieren die Rechnungsprüfer. Für 765.000 Euro erstellte ein Beratungsunternehmen ein zehnteitiges Dokument „mit weitestgehend

inhaltsleeren Stichworten“, um für einen Geschäftsbereich der Rentenkasse eine neue „Geschäftsordnung“ zu erstellen. Wofür diese Geschäftsordnung nötig sei, hatte die Rentenversicherung nicht dargelegt. Auf Nachfrage des Rechnungshofs erklärte sie, bei der Beratung habe es sich um einen „kulturverändernden Prozess“ gehandelt. Bei vielen Vergaben habe die Rentenversicherung auch gegen die Regeln der Wirtschaftlichkeit und gegen das Vergaberecht verstößen, so der Bericht.

In ihrer Stellungnahme begründete die Rentenversiche-

rung dies vor allem damit, dass sie sich in einem umfassenden Umbruchprozess befinde. Dafür hätten neue Wege gegangen und neue Dinge ausprobiert werden müssen. Externe Beratung sei dafür unverzichtbar. Der Rechnungshof bleibt in dem Bericht jedoch bei seiner Kritik. Die Begründungen der Rentenversicherung zeuge insgesamt von „wenig Problembewusstsein“. Auch schwierige Bedingungen würden rechtliche Vorgaben zur Bedarfsermittlung, Wirtschaftlichkeitsprüfung und zum Vergaberecht nicht außer Kraft setzen.

Kritik übt der Rechnungshof in seinem Prüfbericht auch an der Bundeswehr und dem Verteidigungsministerium. Seit Jahren versäume es die Bundeswehr, ihre Schiffe aufgabengerecht mit Aufklärungsdrohnen auszustatten. „Mehrere Beschaffungsprojekte sind gescheitert“, schreibt der Rechnungshof. Ohne Aufklärungsdrohnen aber könnten die Schiffe ihre Aufgabe im Notfall kaum erfüllen: Teils rasend schnelle Objekte frühzeitig und außerhalb des eigenen Radars zu entdecken und mit Raketen abzuschießen. Trotz der Milliardenaufträge für die Beschaffung von neuen Schiffen seien diese aber nicht richtig einsatzfähig, weil die Drohnen fehlten.

Prüfer kritisieren Bahnpolitik des Bundes

Der Rechnungshof rügt auch die Bahnpolitik von Verkehrsminister Volker Wissing (parteilos). Es gebe immer noch keine Eigentümerstrategie, dem Staatskonzern seien „faktisch keine Grenzen“ gesetzt worden. Im Gegenteil: Die fehlende Strategie habe sogar „die gegenwärtigen Probleme begünstigt“. Denn die Bahn „nutzte dieses Steuerungs-vakuum und schaffte Fakten“. Es sei völlig offen, „wie viel Bahn“ der Bund „zu welchen Kosten“ wolle, heißt es in dem Papier des Rechnungshofs. Die eisenbahnpolitischen Ziele des Bundes seien nicht klar definiert. Wissings Ministerium verstöße somit gegen die Grundsätze guter Unternehmens- und aktiver Beteiligungsführung.

## Jugend zweifelt an der Politik

**GÜTERSLOH** (dpa). Das Gefühl, durch politisches Engagement nichts bewirken zu können, ist bei jungen Menschen einer aktuellen Studie zufolge weit verbreitet. So glaubt laut einer Umfrage unter mehr als 2500 repräsentativ ausgewählten 16- bis 30-Jährigen nur knapp jeder Fünfte daran, dass es einen Unterschied macht, sich persönlich für ein bestimmtes Thema einzusetzen.

Expertin: Mehr Engagement wäre möglich

Bei der Befragung des Meinungsforschungsinstituts Verian im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung gaben im Frühjahr 38 Prozent der Befragten an, der Politik zu misstrauen, ein weiteres Drittel stimmte dieser Aussage teilweise zu. Die Hälfte der Befragten sieht jenseits von Wahlen nicht genügend Beteiligungsmöglichkeiten von jungen Menschen. Nicht einmal jeder Zehnte glaubt, dass Parteien offen für die Ideen junger Menschen seien. Nur 8 Prozent der Befragten sind überzeugt davon, dass die Politik die Sorgen junger Menschen ernst nimmt. Die Umfrage belege andererseits das grundsätzliche Interesse junger Menschen an gesellschaftlichen und politischen Themen, betonen die Studienautoren. Damit junge Menschen nicht weiter auf Distanz zur Politik gehen, müsse es gelingen, sie besser in politische Entscheidungen einzubinden, folgert die Bertelsmann-Stiftung. „Junge Menschen würden sich politisch mehr engagieren, wenn sie wüssten, dass ihr Einsatz tatsächlich eine Wirkung entfaltet und ihre Argumente Gehör finden“, sagte Regina von Görtz, Expertin der Bertelsmann-Stiftung für Jugend und Demokratie.





## Kindernachricht des Tages

## Lernen mit KI statt Lehrern



Foto: whyframeshot - stock.adobe.com

An einer Privatschule in London findet seit einigen Wochen ein spannendes Experiment statt: Dort werden Schüler zunächst für ein Jahr nicht mehr von Lehrkräften, sondern von einer Künstlichen Intelligenz (KI) unterrichtet. Die Schüler tragen dazu spezielle Virtual-Reality-Brillen (VR), die eine Art künstliche Wirklichkeit erschaffen können. Über die Brille gibt eine KI die Lerninhalte vor, und zwar jedem Schüler individuell. Die KI versteht, was ein Schüler schon kann und gibt entsprechende Aufgaben. Ganz alleine sind die Schüler aber nicht: Es gibt immer einen Lerncoach, der überprüft, ob die Schüler ihre Lernziele erreicht haben. Außerdem kann die KI längst nicht alles: Fächer wie Kunst oder Sport werden weiter von Lehrern unterrichtet. (nig)



## Amnestie für Impfverweigerer

ROM (dpa). Italien will 1,7 Millionen Impfverweigerern während der Zeit der Coronapandemie die damals verhängte Geldstrafe von jeweils 100 Euro erlassen. Die Rechtsregierung von Ministerpräsidentin Giorgia Meloni beschloss dazu nun eine Amnestie. Mit der im Januar 2022 verhängten Impfpflicht für alle über 50 Jahren wollte die Vorgängerregierung dafür sorgen, dass sich das Coronavirus nicht weiter verbreitet. Wer dagegen verstieß, sollte zur Kasse gebeten werden. Tatsächlich zahlte aber nur ein Bruchteil der Impfverweigerer.

## „Der letzte Bulle“ kehrt zurück

MÜNCHEN (dpa). Fans der Sat.1-Krimiserie „Der letzte Bulle“ können sich auf ein Comeback freuen. Die Dreharbeiten für die acht neuen Episoden mit Schauspieler Henning Baum sollen im Frühjahr 2025 beginnen, wie Sat.1 und der Streamingdienst Prime Video gemeinsam mitteilen. Die Folgen können voraussichtlich ab Ende 2025 bis Anfang 2026 zuerst auf Prime Video gestreamt werden. Vier Wochen später laufen dann Doppelfolgen bei Sat.1.

## Kokain-Konsum steigt stark an

BERLIN (dpa). Der Bundesdrogenbeauftragte Burkhard Blienert mahnt angesichts steigenden Kokain-Konsums ein Gegensteuern an. Laut einem neuen Bericht der Deutschen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht stieg der Anteil der Erwachsenen zwischen 18 und 59 Jahren, die mindestens einmal im Jahr Kokain konsumiert haben, zwischen 2015 und 2021 von 0,6 auf 1,6 Prozent.



Smartphone am Ohr im Auto? Das kostet in Italien, wenn man erwischt wird, in Zukunft mindestens 250 Euro Geldbuße. Foto: dpa

## Mamma mia! Bußgelder plötzlich viel höher

Telefonieren am Steuer, Alkoholfahrten, zu schnell unterwegs: Verkehrssünden in Italien werden drastisch teurer

Von Christoph Sator

ROM. Zu schnell gefahren, Handy am Steuer, ein Glas zu viel: Beim nächsten Italien-Urlaub kann das richtig teuer werden. An diesem Samstag treten in einem der beliebtesten Reiseziele der Deutschen neue Bußgeldregeln in Kraft. So müssen Autofahrer künftig mindestens 250 Euro zahlen, wenn sie sich mit dem Smartphone in der Hand beim Telefonieren oder Chatten erwischen lassen. Für Wiederholungstäter kann sich die Strafe auf bis zu 1.400 Euro und drei Monate ohne Führerschein erhöhen.

Mit den neuen Regeln will die Regierung der rechten Ministerpräsidentin Giorgia Meloni Italiens hohe Zahl von mehr als 3.000 Verkehrstoten pro Jahr senken. Im statistischen Mittel bedeutet dies 52 Verkehrstote auf eine Million Einwohner – deutlich mehr als in anderen großen EU-Ländern wie Deutschland (34), Spanien (38)

oder Frankreich (48). Die Änderung der Straßenverkehrsordnung gilt selbstverständlich auch für Ausländer.

Betroffen sind aber keineswegs nur Autofahrer. Auch für die Nutzer von E-Scootern, die vor allem bei jüngeren Touristen in Städten wie Rom oder Flo-

„Eine vergleichbar umfangreiche Reform ist uns für 2025 aus keinem anderen Land bekannt.“

Ein ADAC-Sprecher zu den neuen Bußgeldregeln in Italien

renz sehr beliebt sind, kann es teuer werden: Wer ohne Helm durch die Gegend rollt, ist mit 50 Euro dabei. Noch mehr kostet es, wenn Blinker, Bremslichter oder Nummernschild fehlen – auch bei gemieteten Rollern. Die Raserei mit E-Scootern

durch Italiens oft ziemlich enge Straßen ist vielerorts ein Ärgernis.

Besonders hart soll die Polizei künftig durchgreifen, wenn Alkohol oder Drogen im Spiel sind. In Italien liegt die Promillegrenze wie in Deutschland bei 0,5 Promille: Wer auch nur etwas mehr intus hat, riskiert fast 2.200 Euro Bußgeld und sechs Monate ohne Führerschein. Bei mehr als 0,8 Promille wird es deutlich teurer, bei mehr als 1,5 Promille drohen sogar sechs Monate Gefängnis.

Bei Drogeneinfluss soll künftig sogar „null Toleranz“ (Verkehrsminister Matteo Salvini) gelten. Wer erwischt wird, dem drohen im äußersten Fall drei Jahre ohne Führerschein. Ausnahmen gelten nur, wenn Rauschgift aus medizinischen Gründen benutzt werden darf. Hart wie nie zuvor wird auch, wer zu schnell unterwegs ist: Schon wer mit zehn Kilometern pro Stunde zu viel geblitzt wird, muss mit 173 Euro Bußgeld rechnen.

Neu ist auch, dass beim Überholen von Radfahrern 1,50 Meter Abstand gehalten werden muss. Unter den Verkehrstoten sind in Italien überdurchschnittlich viele Radler. Dies soll insbesondere auch die vielen Amateursportler schützen, die auf Italiens Straßen mit ihren Rennrädern gerade an Wochenenden unterwegs sind. Härtere Strafen gelten auch beim Parken auf Behinderten-Parkplätzen.

Mit den neuen Bußgeldregeln gehört Italien nach einer Übersicht des ADAC in Europa zu den Ländern, die Delikte im Straßenverkehr besonders hart bestrafen. „Eine vergleichbar umfangreiche Reform ist uns für 2025 aus keinem anderen Land bekannt“, sagte ein Sprecher. Auch in anderen EU-Staaten wie dem deutschen Nachbarland Polen wird derzeit aber an drastischen Verschärfungen gearbeitet.

Verkehrsminister Salvini setzte sich jedoch gegen Kritik zur Wehr, die neuen Strafen seien

übertrieben. „Bei den Bußgeldern gibt es keine Mega-Erhöhungen“, rechtfertigte sich der rechtspopulistische Politiker. Salvini verwies auch darauf, dass die besonders umstrittenen Fahrverbote in Italiens Innenstädten künftig nur noch zum „Schutz des kulturellen, künstlerischen, ökologischen und natürlichen Erbes“ erlassen werden dürften.

## Fahrverbote zu bestimmten Zeiten sorgen für Ärger

Die Fahrverbote in verkehrsbeschränkten Zonen (ZTL) sorgen nach Auskunft des ADAC bei deutschen Urlaubern besonders oft für Ärger. Sie gelten häufig nur zu bestimmten Zeiten. Immer wieder nehmen Ausländer die Verbotsschilder erst wahr, wenn sie bereits in die Zone hineingefahren sind. Der Strafzettel kommt oft, wenn der Urlaub bereits seit Monaten vorbei ist, weil die Auswertung der Überwachungskameras dauert.

## 42-Jähriger bei Säureangriff schwer verletzt

KAARST (dpa). Nach einem mutmaßlichen Säureangriff an einer Waschanlage in Kaarst bei Düsseldorf ist das Opfer außer Lebensgefahr. Der Zustand des 42 Jahre alten Mannes habe sich stabilisiert, sagte ein Sprecher der zuständigen Düsseldorfer Staatsanwaltschaft am Nachmittag. Die Ermittlungen zu den Hintergründen liefen demnach weiter auf Hochtouren.

Ein verummter Angreifer habe den 42-Jährigen, der sich neben seinem Auto aufhielt, am Mittwochabend auf einem Parkplatz mit einer Flüssigkeit übergossen, teilte die Polizei mit. Bei der Flüssigkeit habe es sich ersten Erkenntnissen zufolge um eine Säure gehandelt. Der Mann kam in eine Spezialklinik, zunächst bestand den Ermittlern zufolge Lebensgefahr. Eine Mordkommission sei eingerichtet. Der unbekannte Täter ist flüchtig. Eine Fahndung mit starken Polizeikräften sei bislang ergebnislos verlaufen, hieß es von der Polizei. Über das Motiv des Angriffs wurde zunächst nichts bekannt. Untersucht werde unter anderem auch, ob Täter und Opfer sich gekannt haben, ob es sich um einen gezielten Angriff gehandelt haben könnte, hieß es.

## Designer kreiert Uniform

BERLIN (dpa). Die Fahrer von Berlins U-Bahnen, Straßenbahnen und Bussen sollen ab 2026 Kleidung des Modedesigners Kilian Kerner tragen. Die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) erneuern die Garderobe von rund 8.000 Mitarbeitern turnusmäßig, teilte das Unternehmen mit. Der Designer Kilian Kerner ist vielen Menschen auch als Juror bei „Germany's Next Topmodel“ bekannt. Das Unternehmen geht davon aus, dass sich dies „positiv aufs Fahrerlebnis der Fahrgäste auswirken wird“. Positive Fahrerlebnisse können die Fahrgäste gebrauchen: Seit Monaten stehen die BVG vor allem wegen Zugauffällen und zahlreichen Verspätungen in der Kritik.

## Tödliche Polizeischüsse: Freisprüche für alle Angeklagten

Nach einem Jahr Verhandlung spricht Landgericht Dortmund Urteile im Fall eines getöteten 16-jährigen Flüchtlings / Nebenklage kündigt Revision an

DORTMUND (dpa/epd). Im Prozess um die tödlichen Polizeischüsse auf einen 16-jährigen senegalesischen Geflüchteten in Dortmund sind alle Angeklagten freigesprochen worden. Das Landgericht sah weder beim Schützen noch beim Einsatzleiter eine Straftat. Das Urteil (AZ: 39 Ks 6/23) ist noch nicht rechtskräftig. Eine Überprüfung durch den Bundesgerichtshof in Karlsruhe, die sogenannte Revision, ist auf Antrag möglich. Damit folgte das Gericht

zumindest zum Teil den Anträgen der Anklage. Nach der Beweisaufnahme hatte die Staatsanwaltschaft für vier von fünf Angeklagten Freisprüche gefordert: So habe etwa der Schütze – wenn auch irrtümlicherweise – geglaubt, sich in einer Notwehrlage zu befinden.

Die Staatsanwaltschaft hatte in ihrem Plädoyer dem Einsatzleiter fahrlässige Tötung vorgeworfen und sich für eine Haftstrafe auf Bewährung ausgesprochen. Er habe zu Un-

recht und zu unüberlegt den Einsatz von Pfefferspray angeordnet – und so den fatalen Lauf der Dinge erst in Gang gesetzt.

Die Polizisten hatten ihr Handeln vor Gericht stets verteidigt: Durch das Pfefferspray sollte der sich selbst gefährdende Jugendliche das Messer fallen lassen. Als er dies nicht getan habe, sondern augenscheinlich zum Angriff übergegangen sei, hätten sie sich verteidigen müssen.

Mouhamed Dramé, ein Ju-

gendlicher aus dem Senegal, war am 8. August 2022 von fünf Schüssen aus einer Maschinenpistole der Polizei getötet worden. Er hatte im Innenhof einer Wohngruppe in einer Nische gelehnt und sich – vermutlich in Suizidabsicht – ein Messer an den Bauch gehalten. Um ihn zu entwerfen, hatte der Dienstgruppenleiter den Einsatz von Pfefferspray angeordnet. Daraufhin bewegte sich Dramé mit dem Messer in der Hand auf die Beamten zu. Auch Taser

stoppten ihn nicht, direkt darauf schoss ein als Sicherungsschütze eingeteilter Beamter. Die Polizeibeamten nahmen die Freisprüche mit ernsten Mienen auf. Nach der Urteilsbegründung gab es laute Proteste im Zuschauerbereich. Die Wachtmeister mussten den Saal räumen lassen. Mit dem Urteil geht der Prozess nach einem Jahr zu Ende. Auf der Anklagebank saßen fünf Polizisten und Polizistinnen, die im August 2022 an dem fatalen Polizeieinsatz in

der Dortmunder Jugendwohngruppe beteiligt waren.

Nach den Freisprüchen hat die Vertreterin der Nebenklage Revision angekündigt. Es sei gerade für die Angehörigen des Getöteten schwer zu verkraften, dass dessen Tod juristisch nicht geahndet werde und „niemand dafür zur Verantwortung gezogen wird“, sagte die Anwältin Lisa Grüter. Sie habe kein Verständnis für das Urteil und werde deshalb Rechtsmittel beim Bundesgerichtshof einlegen.

## LEUTE HEUTE

## Unsicher

Jan Böhmermann (43) ist sich unsicher, ob die Welt früher wirklich so viel besser war als heute. Er sei sich da nicht so sicher. Auf die Frage, ob er angesichts der Krisen auf der Welt an ein Happy End glaube, sagte Böhmermann, dass es „immer ein Ende“ gebe. „Das ist ja zum Glück ziemlich egalitär organisiert. Irgendwann gehen die Scheinwerfer aus“, sagte der 43-Jährige.



Jan Böhmermann

## Verlobt?

US-Star Selena Gomez ist mutmaßlich verlobt. Auf Instagram postete die 32-Jährige Fotos, auf denen sie mit einem Diamanten am Ringfinger zu sehen ist. Dazu schrieb sie: „Für immer beginnt jetzt“. Auch ein Bild von sich und ihrem Partner Benny Blanco (36) stellte sie dazu. Musikkollegin Taylor Swift kommentierte unter dem Beitrag: „Ja, ich werde das Blumenmädchen sein.“



Selena Gomez Fotos: dpa

## Ausgeschrieben

Gut zwei Jahre nach dem Tod von Elizabeth II. beginnt in London die Ausschreibung für eine Gedenkstätte für die Queen. Die zuständige Regierungsbehörde Cabinet Office nannte als vorläufiges Budget einen Rahmen von 23 bis 46 Millionen Euro (28 bis 56 Millionen Pfund), ohne Mehrwertsteuer. Die endgültige Gestaltung soll 2026 bekannt gegeben werden, im Jahr des 100. Geburtstages der Queen.



Elizabeth II.



## GUTEN MORGEN SCHIFFERSTADT

### 1906: Auflösung des Reichstags

Am 13. Dezember 1906 wird der Deutsche Reichstag aufgelöst, weil der Nachtragshaushalt geplatzt war. 29 Millionen Mark hatte die Reichsregierung zur Unterstützung der Kolonialtruppen in Deutsch-Südwestafrika und für den Bau einer Eisenbahn gefordert. In der deutschen Kolonie „Deutsch-Südwestafrika“ kämpften die deutschen Truppen seit 1904 gegen die einheimischen Gruppen der Nama und Herero, die sich gegen die Ausbeutung und Gewalt der Kolonisatoren wehren. Die Reichsregierung hatte deshalb die Millionensumme gefordert, um die Truppen vor Ort zu unterstützen. Erfolglos.

Die Frage steht nicht so: ob wir kolonisieren wollen, oder nicht; sondern wir müssen kolonisieren, ob wir wollen oder nicht. Der Trieb zur Kolonisation, zur Ausbreitung des eigenen Volkstums ist in jedem Volke vorhanden, das sich eines gesunden und kräftigen Wachstums erfreut.

### 1917: Deutsche Luft-Reederei gegründet

Am 13. Dezember wird 1917

im Ersten Weltkrieg die Luftverkehrsgesellschaft Deutsche Luft-Reederei von der Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG) unter Walther Rathenau als AEG-Aufsichtsratsvorsitzenden, der Hamburger Reederei Hapag, der Firma Luftschiffbau Zeppelin und der Deutschen Bank gegründet. Als Gründungsgrund wird der militärische Transport und an einigen Stellen Studien- und Forschungszwecke angegeben. Zwei Jahre später, im Januar 1919, erhält die Vorgängergesellschaft der Lufthansa durch das Reichsverkehrsamt die Verkehrszulassung für den regelmäßigen Flugbetrieb. Anlässlich der Tagung der Weimarer Nationalversammlung fliegt am 5. Februar 1919 der erste Flug von Berlin nach Weimar, um die Politiker mit aktuellen Zeitungen aus der Hauptstadt zu versorgen. Einen Tag später beginnt der regelmäßige Flugverkehr zwischen Berlin und Weimar. Schon bald transportieren die Flugzeuge nicht mehr ausschließlich Post, sondern auch Passagiere. Damit ist die Deutsche Luft-Reederei der erste Anbieter für regelmäßig beflogene Fluglinien für den Personentransport in Deutschland.

## KLARSTELLUNG

In unserem gestrigen Artikel „Bauvorhaben überzeugt nicht“ hat sich in die Wiedergabe des Arguments von Karl Teutsch (BfS) ein Fehler eingeschlichen. Richtig muss es heißen: „Schwer tat sich beispielsweise Karl Teutsch (BfS), durch eine Genehmigung einen Präzedenzfall zu schaffen, wenn parallel in der Salierstraße (nicht Salierschule!) Bauanfragen gleicher Art abgelehnt würden.“ Wir bitten um Beachtung und das Versehen zu entschuldigen.



**SCHIFFERSTADT** (suk). *Musik verbindet Menschen. Sie tut der Seele gut, trägt, gibt Hoffnung, hilft, ist Türöffner und für viele Lebenselixier. „Macht hoch die Tür“ sagt das Tagblatt diesmal in der Adventszeit bis zum 24. Dezember. Täglich berichten Menschen aus der Stadt, die die Musik als Hobby erkoren haben, über ihre liebsten Weihnachtslieder und den musikalischen Zauber an den Festtagen. Heute: Volker Strebel.*

Die Verbindung zu seinem liebsten Weihnachtslied für Volker Strebel wie die meisten Befragten in seine Kindheit zurück. „O du fröhliche“ nennt er als Titel und berichtet: „Dieses Lied wurde in meiner Kindheit in Franken immer als letztes am Heiligen Abend in der Kirche mit Unterstützung des Posaunenchores gesungen und war für mich der Beginn von Weihnachten.“ Wann er das Lied bewusst das erste Mal wahrgenom-

men hat, kann Strebel nicht sagen. Eingrenzen kann es der Sänger des modernen Chors Inspiration beim MGK Klein-Schifferstadt jedoch: „Es war bestimmt in meiner frühen Kindheit im Alter von etwa vier, fünf Jahren.“

Selbst gesungen hat es Strebel ein paar Jahre später, er bereits im Grundschulalter gewesen ist. „Vielleicht noch nicht perfekt, aber mit Inbrunst“, kann sich der in der Pfalz heimisch gewordene Mann lächelnd erinnern. Ein Weihnachtslied muss für ihn emotional und gleichzeitig besinnlich sein und auf Weihnachten einstimmen. „Ohne Musik“, betont Strebel, „sind die Vorweihnachtszeit und die Festtage in meiner Familie nicht vorstellbar.“

Alle Familienmitglieder singen in einem Chor, spielen ein Musikinstrument oder tun gar beides. „Vor der Bescherung singen wir Weihnachtslieder und meine Kinder spielen in der Heiligen Nacht in der Christmette im katholischen Musikverein von Hochdorf-Assenheim Querflöte und Flügelhorn“, verrät Strebel.

## WIR GRATULIEREN

**Frau Rita Kinder**, zum 92. Geburtstag.  
**Frau Trude Düll**, zum 82. Geburtstag.

# Erinnerung an Schwarzwald-Sonntage

EHRUNGEN FÜR SKICLUB-MITGLIEDER Übungsleiternachwuchs gesichert



Der Skiclub Schifferstadt ehrte zahlreiche treue Mitglieder zum Jahresende.

Foto: suk

Von Susanne Kühner

**SCHIFFERSTADT.** Als Johann Benedom die Skier für sich entdeckte, gab es im Schwarzwald noch Schneeschuhe. Obwohl der 85-Jährige die Bretter längst an den Nagel gehängt hat: Dem Skiclub Schifferstadt (SCS) ist er treu geblieben. Ihm gleich haben es andere Mitglieder getan. Dafür wurden sie kurz vor dem Jahresende belohnt. Die Schwarzwald-Sonntage,

an denen es für die Skifahrer Suppe und Glühwein gab, hat Benedom mit seiner Frau gerne miterlebt. „Im Winter draußen an der frischen Luft zu sein, hat gut getan“, erzählt er dem Tagblatt. Nicht zuletzt sei es die Gemeinschaft innerhalb des Clubs gewesen, die das Ehepaar zu den sportlichen Treffen gezogen hat. Lediglich die Vorlieben waren andere, wie Benedom verrät: „Meine Frau hat lieber Langlauf gemacht,

ich bin den Hang runter.“ Für die 50-jährige Treue zum SCS wurde Benedom nun von der Vorsitzenden Anja Reiß in der Waldfesthalle ausgezeichnet. Den gleichen Zeitraum haben Achim und Günter Reck bereits in den Reihen des Vereins verbracht. Gemeinsam haben die Zwei das Skifahren erlernt. Die erste Fahrt führte sie nach Südtirol.

Bei Ingrid und Dr. Rudolf Magin war die Premierenfahrt nach Frankreich, wie

Reiß anmerkte. Auf Skiern stand das Ehepaar schon länger, weshalb es nun für 40-jährige Mitgliedschaft mit der goldenen Nadel geehrt wurde.

Silber erhielten Rainer Armbrüster, Dr. Christoph Schirmer und Annette Kohl. Diese hatte sich zunächst im Snowboard trainiert, bevor sie auf Skier umstieg und Übungsleiterin in der Skischule wurde. Schirmer ist Jugendwart gewesen und wurde wie Arm-

brüster auch direkt als Skischullehrer rekrutiert, merkte Reiß an.

Als eine der jüngsten Übungsleiterinnen stellte die Vorsitzende Lara Philipp vor. Auf dem Weg dorthin befinden sich die Brüder Niklas und Philipp Mattern. Alle drei wurden schon frühestmöglich auf Skier gestellt, weshalb sie nun die bronzenne Auszeichnung für 15-jährige Zugehörigkeit im SCS entgegennehmen durften.

# „Basar macht auf jeden Fall Sinn“

SKICLUB Gut Gebrautes kommt in Waldfesthalle in neue Hände

Von Susanne Kühner

**SCHIFFERSTADT.** Ein bisschen weniger Kinderkleidung als im Vorjahr wurde beim traditionell in der Waldfesthalle ausgerichtetem Basar des Skiclubs Schifferstadt (SCS) abgegeben. Gut gefüllt waren Tische und Kleiderständer dennoch, ebenso wie die Anprobestellen, die Zeugnis von der großen Resonanz gaben.

„Die Halle war heute Morgen schon gut gefüllt. Es waren viele Leute da, die etwas abgeben wollten“, berichtete die Vorsitzende des SCS, Anja Reiß, dem Tagblatt, bevor die Türen sich ein zweites Mal am Sonntag öffneten – diesmal für diejenigen, die gut gebrauchtes Material suchten.

Seit zig Jahren wird der Basar bereits durchgeführt. „Das macht auf jeden Fall immer noch Sinn“, zeigte sich Reiß überzeugt von dem Angebot, auch wenn Discounter inzwischen ein wenig das Wasser abgraben. „Dort wird für kleines Geld Skikleidung angeboten“, macht die Vorsitzende deutlich.

Trotzdem gebe es Dinge, die nicht bei den günstigen Märkten zu bekommen sind. Skier beispielsweise. „Gerade bezüglich der Kinder ist ein Basar eine gute Anlaufstelle“, unterstreicht Reiß. In der Regel seien die Sportgeräte vom Nachwuchs nur eine Saison lang fahrbar.

Die Organisation des Basars hat sich beim SCS seit Langem bewährt. „Wir haben



Gut gefüllt waren Tische und Kleiderständer beim traditionellen Ski-Basar.

Foto: suk

eine lange Abgabezeit“, wirft Reiß ein. Sogar die vereins-eigenen Skilehrer seien stets vor Ort, um die Anbieter hinsichtlich der Preisgestaltung und die Kaufinteressierten bezüglich der Materialien und notwendigen Skilängen

zu beraten. „Ohne ein großes Helferteam geht nichts“, betonte Reiß und zeigte sich dankbar für die Unterstützung aus den eigenen Reihen sowie von Freunden und Bekannten. „Auch die größeren Kinder der Familien helfen

mit“, freute sich die Vorsitzende.

Organisiert werde der Basar jedes Jahr vom Verwaltungsrat des Vereins. Dass Skifahren immer noch im Trend liegt, bewies der Zuspruch am Nachmittag. Auf die Su-

che nach Kleidung, Schuhen und Skiern gingen sie im Sammelsurium, das am Vormittag zusammengetragen wurde. Was nicht abverkauft werden konnte, wurde von den Anbietern wieder abgeholt.





## KURZ UND BÜNDIG

## Phönix: Verstärkung fürs zentrale Mittelfeld



Erion Rexhepi verstärkt das zentrale Mittelfeld. Foto: Verein

**SCHIFFERSTADT (kc).** Spielleiter Yannick Sempert konnte



erneut einen Neuzugang vermelden. Nach Torwart Dimitrios Dronos kommt in der Winterpause Erion Rexhepi von TuS Altrip, dem derzeitigen Tabellensechsten der Bezirksliga Vorderpfalz in den Phönix Sportpark, um mitzuhelfen, den Klassenerhalt unter Dach und Fach zu bringen.

„Er ist offensiv und defensiv gut, ziemlich beidfüßig, rechts etwas stärker und kann sowohl im zentralen Mittelfeld als auch auf den Außenpositionen spielen“, freute sich der Spielleiter über den Neuzugang. Rexhepi begann bei der SpVgg Ingelheim in der D-Jugend mit dem Fußball, spielte dann in der U13 beim FC Metz. TuRa Otterstadt und Rotweiß-Speyer waren in der C-Jugend weitere Stationen, ehe er ab der B-Jugend bei TuS Altrip bis zur Winterpause aufstieg.

„Er war somit sechseinhalb Jahre in Altrip und das zeigt mir, dass der Junge lange einem Verein treu bleibt, wenn es für beide Seiten passt“, sagte Spielleiter Sempert, der sich besonders freute, den starken Mittelfeldspieler für den Verein gewonnen zu haben.

### WEIHNACHTS- GESCHENK FÜR IHREN ZUSTELLER! WIR BITTEN UM BEACHTUNG!

► In diesen Tagen finden Sie in Ihrem Briefkasten die Weihnachtskarte Ihres Tagblatt-Zustellers. Wenn Sie dem Zusteller oder der Zustellerin einen kleinen Weihnachtsgruß und ein Dankeschön übermitteln wollen, dann ist dies ausschließlich DIREKT an die auf der Karte angegebene Adresse möglich. Bitte werfen Sie KEINE Briefe oder Karten in den Tagblatt-Briefkasten. Auch in unserem Verlagsbüro können wir dies NICHT persönlich entgegennehmen oder weiterleiten. Wir danken für Ihr Verständnis.

www.  
schifferstadter-  
tagblatt.de

## Zur Krippe her kommet

**JUBILÄUM** Die Speyerer Domkrippe wird 100 Jahre alt

**SPEYER.** Vor 100 Jahren bekam der Speyerer Dom ein besonderes Weihnachtsgeschenk: Der Speyerer Verleger und Druckereibesitzer Dr. Alfons Krezdorn der als Stifter zunächst ungenannt bleiben wollte, hatte beim Münchner Bildhauer Otto Zehentbauer Krippenfiguren in Auftrag gegeben, die zu Weihnachten 1924 zum ersten Mal im Dom aufgestellt wurden.

Noch über zwei Jahre kamen weitere Figuren aus der Hand Zehentbauers hinzu: Zu Beginn entstand die Heilige Familie, dann kamen der Verkündigungengel, drei Hirten und eine Frau mit Wasserkrug dazu, gefolgt von den Heiligen Drei Königen.

Auch später wurde die Krippe immer wieder ergänzt und verändert, am umfangreichsten in den Jahren 1996 bis 1999 mit Figuren des Südtiroler Künstlers Filip Piccolruaz.

Ungebrochen ist der Zustrom zur Krippe: Nie werden im Dom so hohe Besucherzahlen im Dom registriert, wie zwischen Weihnachten und Neujahr. Wer durch das Hauptportal eintritt muss sich nur einmal nach rechts wenden und erblickt die Krippenlandschaft

am Ende des südlichen Seitenschiffs. Auf einer Fläche von etwa drei mal sieben Metern finden sich die Figuren inmitten einer orientalischen Landschaft. Diese ist in jedem Jahr ein wenig anders gestaltet, größere Veränderungen wird es auch im Jubiläumsjahr 2024 nicht geben, zumal die Figuren den Mittelpunkt der Szenerie bilden. Fertig gestellt wird die Krippe traditionell erst am Heiligen Abend und ist dann bis zum 2. Februar des kommenden Jahres zu sehen.

Weitere Informationen: <https://www.dom-zu-speyer.de/glauben/gottesdienst-im-dom/advent-und-weihnachten/domkrippe/>

### Zum Jubiläum: Kindersegnung, Meditation und Vorträge zur Domkrippe

Anlässlich des runden Geburtstags der Krippenfiguren macht das Domkapitel verschiedene Angebote: Am Samstag, 28. Dezember, findet um 15 Uhr, eine Andacht mit Kindersegnung an der Krippe statt. Der Engel über dem Stall von Bethlehem steht im Zentrum des meditativen Formats „Gottesdienst im Dom – mal anders“ am Sonntag, 29. De-



zember, um 20 Uhr mit Domdekan Dr. Christoph Kohl. Am Freitag, 3. Januar und Dienstag, 7. Januar, jeweils um 19 Uhr, wird der Krippenkennner und ausgebildete Krippen-

bauer Pfarrer Thomas Buchert Vorträge zur Domkrippe halten. Er hat vor ein paar Jahren die Neugestaltung der Landschaft angeregt und eine orientalische Höhlenlandschaft

gebaut. Tickets für die Vorträge sind zum Preis von 15 Euro, ermäßigt 10 Euro, über das Buchungsportal Get Your Guide erhältlich.

Text und Foto: Bistum Speyer



## 108 Königinnen und Könige werden im Bundeskanzleramt empfangen

Sternsinger aus Enkenbach-Alsenborn vertreten das Bistum Speyer in der Hauptstadt

**BERLIN/SPEYER.** Vier Kinder aus der katholischen Pfarrgemeinde St. Norbert in Enkenbach-Alsenborn vertreten Anfang Januar das Bistum Speyer beim Sternsinger-Empfang im Bundeskanzleramt. Die Mädchen und Jungen aus Enkenbach-Alsenborn hatten sich im Vorfeld der 67. Aktion Dreikönigssingen für die Teilnahme beworben und bei der Ziehung der Gewinner das nötige Losglück.

Leni (12), Lilly (12), Maximilian (17) und Liam (17)

heißen die Glücklichen, nach Berlin begleitet werden sie von Melanie Roth. „Wir sind begeistert, dass wir mit einer unserer Sternsingergruppen nach Berlin reisen dürfen, um das Bistum Speyer zu vertreten. Den Segen ins Bundeskanzleramt zu bringen, ist ein einmaliges Erlebnis und gleichzeitig eine tolle Gelegenheit, auf das wichtige Thema Kinderrechte aufmerksam zu machen“, erzählt Roth. „Unsere vier Sternsinger bereiten sich aktuell mit viel Engagement

auf die Aktion vor und wir freuen uns darauf, andere Sternsingergruppen aus ganz Deutschland kennenzulernen.“

108 Sternsinger aus allen 27 deutschen Diözesen sind traditionell in Berlin mit dabei. Seit 1984 bringen die Sternsinger ihren Segen „Christus mansionem benedicat – Christus segne dieses Haus“ ins Bundeskanzleramt. Aus allen Himmelsrichtungen reisen sie in ihren prächtigen Gewändern, mit ihren goldenen Sternen und glänzenden

Kronen in die Bundeshauptstadt.

„Erhebt Eure Stimme! Sternsingen für Kinderrechte“ heißt das Leitwort der kommenden Aktion Dreikönigssingen, bei der die Sternsinger deutlich machen werden, wie wichtig die Kinderrechte für Mädchen und Jungen in aller Welt sind. Kinder überall haben das Recht auf Nahrung, Bildung und Gesundheitsversorgung. Sie verdienen den Schutz vor Krieg, Gewalt und Missbrauch. Bundesweit eröffnet

wird die Aktion Dreikönigssingen am Samstag, 28. Dezember, in Paderborn.

### Rund 1,36 Milliarden Euro seit dem Aktionsstart 1959

Seit dem Start der Aktion 1959 kamen beim Dreikönigssingen insgesamt rund 1,36 Milliarden Euro zusammen, mit denen Projekte für benachteiligte und Notleidende Kinder in Afrika, Lateinamerika, Asien, Ozeanien und Osteuropa gefördert wurden. Mit den Mitteln aus der Solidaritätsaktion von Kindern für Kinder werden Projekte in den Bereichen Bildung, Ernährung, Gesundheit, Kinderschutz, Nothilfe, pastorale Aufgaben und soziale Integration unterstützt. Bundesweite Träger sind das Kindermisereoswerk „Die Sternsinger“ und der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ).

Text: Bistum Speyer, Kindermisereoswerk „Die Sternsinger“

## Parkinson ist nicht ansteckend – Ping Pong Parkinson schon

Wie Betroffene in Speyer und Umgebung „Urlaub von der Krankheit“ machen / Spenden benötigt

**SPEYER/SCHIFFERSTADT.** In diesen Tagen ist es nun ziemlich genau ein halbes Jahr her, dass der Speyerer Tischtennis-Club (TTC) eine Abteilung Ping Pong Parkinson (PPP) für Parkinson Erkrankte aus Speyer und Umgebung mit Unterstützung durch den vor fünf Jahren gegründeten Verein Ping Pong Parkinson ins Leben rief. Was nach einem „Werbeauftritt“ des kompetenten, lizenzierten Tischtennistainers Klaus Niebes aus Speyer bei der Parkinson Selbsthilfe Gruppe in Schifferstadt mit acht Betroffenen im Juni 2024 begann, ist nun auf eine schlagkräftige Truppe von ca. 20 Mitgliedern angewachsen.

Dabei gibt es keine Altersbeschränkung für die Teilnehmer und das Training ist speziell auf die Bedürfnisse von Morbus Parkinson Betroffenen zugeschnitten. Gefördert wird eine gute Augen-Handkoordination sowie abgestimmte Bein- und Körperbewegungen. Ein weiterer positiver Effekt: Beim Tischtennis ist der evtl. vorhandene Tremor (Zittern) verschwunden. Zusätzlich ist

die soziale Komponente des gemeinsamen Trainings und Spielens nicht zu vernachlässigen. Besonders toll und auffallend ist, dass alle PPP Spieler/innen mit großer Begeisterung, Ehrgeiz und viel Herzblut mitmachen. Sie haben dabei gemeinsam viel Spaß und freuen sich jeweils auf den nächsten Trainingstermin. Um den Trainer zu unterstützen, helfen erprobte TTC Spieler/innen beim Training mit.

Gefördert vom TTC Vorstand Christoph Weber und von Bürgermeisterin Monika Kabs kann die PPP Truppe in der Sporthalle Nord der Siedlungsschule mindestens einmal wöchentlich am Donnerstag Abend trainieren. Dabei wird es in der Halle, bedingt durch das große Interesse, langsam eng, überdies kommt der TTC mit dem Equipment für die zusätzliche PPP Abteilung an seine Leistungsgrenze. Zudem sind viele verwendete Spieltische schon etwas lädiert und wackelig, sodass eine Neuausstattung mit Spieltischen notwendig ist.

Da diese Anschaffungen für

den „kleinen“ Verein TTC eine große finanzielle Belastung bedeutet, hat er sich kürzlich der von den Stadtwerken Speyer unterstützten Crowdfunding Aktion „Speyer Crowd“ angeschlossen und ist für Interessenten und Spender unter „www.speyer-crowd.de“ (Projektsuche „TTC“) erreichbar. Ca. 40 Spender haben sich bereits beteiligt, womit etwa die Hälfte der benötigten 4.000 Euro zusammengekommen sind.

Das Gute dabei ist, dass die SWS für jede Spende von mindestens 10 Euro nochmal 10 Euro dazulegt; das sind bisher immerhin ca. 400 Euro. Die Aktion läuft noch bis Ende des Jahres. F

alls bis dahin die benötigten 4.000 Euro nicht zusammenkommen, wird die Aktion aufgelöst und das gespendete Geld zurückbezahlt. Im Erfolgsfall aber können neue, leicht aufbaubare moderne Spieltische für die Parkinson TTC Spieler/innen angeschafft werden. Dann haben die Parkinson Betroffenen noch mehr Spaß und Freude am Tischtennis.

## Kreiswohnungsverband plant für 2025 zwei Neubauvorhaben

**RHEIN-PFALZ-KREIS.** Zwei große Neubauvorhaben des Kreiswohnungsverbandes (KWW) Rhein-Pfalz sollen im kommenden Jahr starten: ein Neubauvorhaben mit 15 Wohneinheiten in Hochdorf-Assenheim und ein weiterer Neubau mit neun Wohnungen in Mutterstadt. Bei der Sitzung der Verbandsversammlung Anfang Dezember in Böhl-Iggelheim stellte Landrat und Vorstand Clemens Körner den Mitgliedsgemeinden die Pläne des KWW für das kommende Jahr vor.

In der Wirtschaftsplanung 2025 werden für die genannten Neubauvorhaben 2,7 Millionen Euro angesetzt. Weitere insgesamt 4 Millionen Euro werden für die Instand-

haltung und Modernisierung der bereits bestehenden 1365 Wohnungen des Unternehmens bereitgestellt.

„Der Kreiswohnungsverband als gemeinsames Wohnungsunternehmen der Gemeinden und des Landkreises stellt damit im kommenden Jahr 6,7 Millionen Euro für den Wohnungsbau bereit“, erklärte Vorstand Körner, und betonte: „Damit können wir nicht nur das Wohnungsangebot im Landkreis verbessern, sondern gleichzeitig auch die regionale Bauwirtschaft unterstützen.“

Der Geschäftsführer Volker Spindler erläuterte im Rahmen des Tätigkeitsberichts, dass die Neubauten bereits für 2024 eingeplant waren, aber wegen eines Förder-

stopps des Landes Rheinland-Pfalz zurückgestellt werden mussten: „Nun aber hat das Land signalisiert, dass die Förderung wieder aufgenommen werden soll – daher können wir nun die Vorbereitungen der Bauprojekte fortsetzen“, erklärte er. Außerdem informierte er die Mitgliedsgemeinden darüber, dass auch in diesem Jahr bislang rund 4 Millionen Euro zur Modernisierung des Wohnungsbestandes investiert wurden. Festgestellt wurde auch der Jahresabschluss 2023 mit einem Jahresergebnis von

985.302,75 Euro, das durch Beschluss der Versammlung mit Blick auf die bevorstehenden Neubauminvestitionen der Rücklage zugeführt wurde.



www.schifferstadter-tagblatt.de

## Tourismus boomt im Land

**MAINZ** (dpa). Rheinland-Pfalz bleibt als Reise- und Urlaubsland beliebt. Die Tourismusbranche geht in diesem Jahr von mehr Übernachtungen und Gästen im Vergleich zum Vorjahr aus. Der Zuwachs sei jedoch auf einem niedrigen Niveau und etwas geringer als zu Beginn des Jahres angepeilt, sagte der Geschäftsführer der Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH, Stefan Zindler. Bislang lägen die Daten bis einschließlich September vor. Die Rückmeldungen aus den Beherbergungsbetrieben seien aber auch optimistisch und zuversichtlich für die letzten Monate des Jahres. Im vergangenen Jahr zählten die Tourismusbetriebe in Rheinland-Pfalz rund 8,5 Millionen Gäste und damit 8,2 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Die Zahl der Übernachtungen ging im Land um 5,6 Prozent auf 22,2 Millionen nach oben. 76 Prozent der Besucher kamen aus Deutschland.

## 950 noch ohne Ausbildungsplatz

**MAINZ** (dpa). Rund 950 junge Menschen in Rheinland-Pfalz suchen nach Darstellung der Bundesagentur für Arbeit derzeit noch eine Ausbildungsstelle. „Es dauert nach der Pandemie länger, bis junge Menschen Entscheidungen fällen“, sagte die Chefin der Regionaldirektion Heidrun Schulz in Mainz. Mit Blick auf 2024 und 2025 sagte Schulz: „Der Arbeitsmarkt ist nicht mehr so gut wie in den letzten Jahren, bleibt aber in Rheinland-Pfalz relativ stabil.“ Ende September hätten noch rund 1.500 Jugendliche einen Ausbildungsplatz gesucht, 3.400 Stellen seien gleichzeitig noch zu besetzen gewesen, obwohl das Angebot im Vergleich zum Berufsberatungsjahr 2022/23 um 5,0 Prozent auf 24.500 gesunken ist. Für das neue Jahr rechnet Schulz mit einem im Bundesvergleich. Gleichzeitig werde aber die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ebenfalls wachsen, um voraussichtlich 0,4 Prozent in Rheinland-Pfalz.

Schifferstadter Tagblatt - Die lesenswerten Seiten von Schifferstadt!



Wie stehen die Rheinland-Pfäler zur Demokratie? Das hat eine Studie untersucht, die der Landtag nun alle zwei Jahre wiederholen lassen möchte.

Foto: dpa

# Demokratie beste Staatsform

Studie: Mehrheit der Rheinland-Pfäler sieht das so / Populismus auch weit verbreitet

Von Elisabeth Saller

**MAINZ.** Alle zwei Jahre wird der rheinland-pfälzische Landtag eine Studie zu Demokratie und politischem Denken erstellen lassen. Das hat Landtagspräsident Hendrik Hering (SPD) verkündet. Gleichzeitig hat er den Abschlussbericht der ersten Studie, den „Rheinland-Pfalz-Monitor 2023“, mit teilweise bestürzenden Ergebnissen zu Verschwörungsglauben und Populismus vorgelegt. Die nächste Studie soll 2025 folgen.

Für die erste Analyse hat das Trend- und Wahlforschungsinstitut Infratest Dimap 1216 repräsentative, wahlberechtigte Rheinland-Pfäler ab 18 Jahren telefonisch oder online für den Rheinland-Pfalz Monitor befragt. Insgesamt gibt es im Bundesland gut drei Millionen Wahlberechtigte. Die Auswertung der erhobenen Daten haben Forscher der Universität Trier um den Politikwissenschaftler Professor Uwe Jun übernommen.

Die breite Mehrheit der Rheinland-Pfäler (89 Prozent) sieht demnach in der

Demokratie die beste Staatsform. „Die Daten zeigen uns aber auch, was die Demokratie im Land gefährdet: Ausländerfeindlichkeit, Populismus und Verschwörungsglauben“, schreiben die Studienautoren. Populismus und Verschwörungsglauben sind allerdings relativ verbreitet im Land.

„Die nicht geringe Verbreitung populistischer Einstellungen, verschwörungstheoretischer Narrative und migrations-skeptischer Haltungen ist unübersehbar.“

Uwe Jun, Wissenschaftler

Der Aussage „Es gibt geheime Organisationen, die die Ereignisse und politische Entwicklungen kontrollieren oder stark beeinflussen“ stimmen 37 Prozent der Befragten voll oder eher zu. Dem Satz, dass „Mächtige in der Gesellschaft gegen die Interessen der einfachen Bevölkerung handeln“, stimmen sogar 69 Prozent zu. Das Niveau an populistischen Einstellungen sei in Rheinland-Pfalz „sehr hoch“, heißt es in dem Bericht. Als „unübersehbar“ bezeichnet Wissenschaftler Jun „die nicht geringe Verbreitung populistischer Einstellungen, verschwörungstheoretischer Narrative und migrations-skeptischer Haltungen“. Die Autoren verweisen aber auch auf den Deutschland-Monitor 2023, der ähnliche Ergebnisse zeige.

Mit der Arbeit der Landesregierung zeigen sich 45 Prozent (sehr) der Befragten zufrieden, 38 Prozent sind weniger zufrieden, und 14 Prozent sind es gar nicht. Das Ergebnis für den Landtag fällt sehr ähnlich aus. Auf kommunaler Ebene ist die Zufriedenheit mit den politischen Institutionen laut der Studie deutlich höher. Vor allem Oberbürgermeister und Landräte erreichen hohe Zufriedenheitswerte. Auch mit der öffentlichen Verwaltung sind 50 Prozent der Befragten zufrieden.

Die Teilnehmer sahen 2023 als größtes Problem die Bildungspolitik. Allerdings ha-

ben mehr Frauen als Männer diese Antwort gegeben. Und: Je höher das Einkommen, desto eher haben die Befragten dieses Thema genannt. Wer weniger verdient, sah als größtes Problem häufig die Asylpolitik.

Ein weiteres Ergebnis: Landesgeschichtliche Demokratiebildung finden Rheinland-Pfäler wichtig. Gleichzeitig sagen jedoch 73 Prozent, dass sie zu wenig über die Demokratiegeschichte ihres Bundeslands wüssten.

Landtag will mehr Bildungsangebote schaffen

In Rheinland-Pfalz habe es bislang keine Daten zum Demokratieverständnis der Menschen gegeben, berichtet Landtagspräsident Hering laut Mitteilung. Die Studie, die 180.000 Euro kostete, schließe diese Lücke. Aus ihren Ergebnissen zieht Hering den Schluss, dass der Landtag seine Bildungsangebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene ausbauen und spezifizieren muss, um der zunehmenden Gefährdung der Demokratie entgegenzuwirken.

Minuten erreicht er die Mündung, Signore, dann sind es noch einmal ungefähr zehn zum Landeplatz.« Alaimo nickte, tippte eine Nachricht in sein Handy und behielt das Display im Auge, bis die Antwort kam. Die meldete sich mit einem kaum vernehmbaren Vibrieren, und dass Brunetti es hören konnte, machte ihm die Stille auf dem Boot erst recht bewusst. Alaimo stellte sein Handy auf lautlos. »Tun Sie das auch«, sagte er zu Brunetti, als sei der einer seiner Leute. Brunetti gehorchte.

»Du auch, Crema.« »Schon geschehen, Signore«, raunte der Bootsführer. »Wir wollen uns schließlich nicht von eintreffenden Nachrichten verraten lassen«, sagte Alaimo. Er steckte das Handy ein und fragte den Bootsführer: »Denkst du, du kannst ihnen folgen?« »Ja, wenn sie an der Stelle

abladen, die Sie mir auf der Karte gezeigt haben, Signore. Wenn er weiter flussaufwärts fährt, muss einer von uns sich in den Bug legen und mit einem Ruder die Wassertiefe messen.« Das kam in irgendeinem Film vor, dachte Brunetti, behielt es aber für sich. Er rückte zur Seite, spähte über den Bug nach vorn und malte sich aus, dort zu liegen, eine Hand an die Reling geklammert, mit einem Ruder in der anderen die Wassertiefe prüfend, wie er es als Junge draußen in der Laguna getan hatte.

Der Matrose, der mit seinem iPhone gespielt hatte, kam die Kabinentreppe herauf und stellte sich zu ihnen. »Sind wir gleich da, Signore?«, fragte er Alaimo leise.

»Ja.« Der junge Mann nickte, sah nach dem Steuerpult und drehte sich um. »Ich wecke die anderen.«

## ROMAN



Veröffentlicht als Digne Taschenbuch, 2022. Alle Rechte vorbehalten. Digne Verlag AG, Zürich. www.digne.ch. 1000 / 227 / 36 / 1. ISBN 978 3 257 24600 5

Folge 87

Seine Gedanken kehrten zu dem abrupt beendeten Dinner zurück und zu der Frau, die er an der Anlegestelle hatte stehenlassen. Er hatte für diesen Abend nicht mit dem Anruf gerechnet, aber dennoch nur zwei Glas Wein getrunken und den Grappa zum Nachhinein abgelehnt. Jetzt wünschte er, er hätte wenigstens einen Kaffee genommen, oder auch zwei, bevor er an Bord dieses Boots gegangen war und nun keinen anderen Trost hatte als

das Schaukeln und ... »Guido, Guido«, hörte er eine Stimme rufen und war sofort hellwach. Erst da vermisste er seine Pistole. Die lag wohlverwahrt in der Metallbox zu Hause im Kleiderschrank; der Schlüssel dazu war alles, was er auf sich trug. Er sah nach rechts hinüber. Die zwei Matrosen schiefen immer noch, der dritte war weiterhin mit seinem Handy beschäftigt.

In der Tür stand Alaimo. »Jetzt besteht kein Zweifel mehr: Sie fahren nach Cortelazzo.«

»Wie weit sind wir von ihnen entfernt?«, fragte Brunetti.

»Ungefähr zwei Kilometer«, erklärte Alaimo ruhig.

Brunetti konnte ihn mühelos hören. Das Motorengeräusch war verstummt, wenn das Boot auch weiter voranzugleiten schien. Die plötzliche Stille machte ihn nervös. »Was ist passiert?«, fragte er.

»Wie weit sind wir von ihnen entfernt?«, fragte Brunetti.

»Ungefähr zwei Kilometer«, erklärte Alaimo ruhig.

Brunetti konnte ihn mühelos hören. Das Motorengeräusch war verstummt, wenn das Boot auch weiter voranzugleiten schien. Die plötzliche Stille machte ihn nervös. »Was ist passiert?«, fragte er.

»Wie weit sind wir von ihnen entfernt?«, fragte Brunetti.

»Ungefähr zwei Kilometer«, erklärte Alaimo ruhig.

Brunetti konnte ihn mühelos hören. Das Motorengeräusch war verstummt, wenn das Boot auch weiter voranzugleiten schien. Die plötzliche Stille machte ihn nervös. »Was ist passiert?«, fragte er.

»Wie weit sind wir von ihnen entfernt?«, fragte Brunetti.

## Große Unterschiede bei Friedhofsgebühren

Eine Studie nennt Beispiele und mögliche Gründe

**MAINZ** (dpa). Bei den Friedhofsgebühren in Rheinland-Pfalz gibt es einer Studie zufolge deutliche Unterschiede. Das teilten der Steuerzahlerbund und die Verbraucherinitiative Bestattungskultur Aeternitas nach einer Befragung von 50 Städten und Gemeinden im Bundesland mit. Diese haben unter anderem ergeben, dass die Gebühren für dieselbe Grabart teils um das Vielfache voneinander abweichen, hieß es.

So müsse etwa ein Bürger in Mainz für ein Erdwahlgrab bei 30 Jahren Nutzungsdauer insgesamt 4.861 Euro zahlen, aber ein Bürger aus Bad Ems 1.940 Euro. Beim Urnenreihengrab

sei Frankenthal mit 2.143 Euro bei 20 Jahren Nutzungsdauer der „Spitzenreiter“ – dagegen kostete es bei gleicher Nutzungsdauer in Bad Dürkheim 507 Euro.

Als wichtige Ursache für hohe Gebührensteigerungen sehen Steuerzahlerbund und Aeternitas demnach den eher langsamen Anpassungsrythmus der Kommunen. So seien rund ein Drittel der Satzungen der untersuchten Städte und Gemeinden nicht oder nur geringfügig geändert worden. Nach Auffassung des Steuerzahlerbundes und Aeternitas könnten kommunale Friedhöfe aber auch sparsamer geführt werden.

## „Moselschleuse bald reparieren“

**TRUIS-KARDEN** (dpa). Nach dem folgenschweren Unfall an der Schleuse Müden an der Mosel haben sich die Industrie- und Handelskammern Saarland, Trier und Koblenz in einem offenen Brief an Bundesverkehrsminister Volker Wissing (parteilos) gewandt. Darin fordern sie eine schnelle Reparatur der Schleuse und den raschen Ausbau aller deutschen Moselschleusen mit einer zweiten Schleusen-

Nach dem Unfall seien vor allem Unternehmen in Rheinland-Pfalz und im Saarland von der weiterführenden Wasserstraße Rhein abgeschnitten. Für kurzfristige Ausweichmöglichkeiten über Lkw oder Bahn stünden nur begrenzte Kapazitäten zur Verfügung, in einigen Fällen ist eine Verlagerung auf andere Transportwege gar nicht möglich, hieß es. Eine Reparatur der Schleuse erst bis Ende März 2025 sei „mit Blick auf den drohenden wirtschaftlichen Schaden für die Unternehmen nicht akzeptabel“.

Seit Sonntag ist die Schifffahrt auf der Mosel lahmgelegt. Bei einer Kollision eines Frachtschiffs mit der Schleuse ist diese schwer beschädigt worden. Wegen der Sperrung sitzen rund 70 Schiffe auf Mosel und Saar fest. Sie können die durch das Saarland und Rheinland-Pfalz führende Mosel nicht mehr in Richtung Rhein verlassen.

## Gefährliche Abkürzung

**KOBLENZ** (dpa). Wer unerlaubt über Bahngleise läuft, bringt sich nicht nur in konkrete Lebensgefahr. Es drohen auch empfindliche Strafen. Nach Zahlen der Bundespolizeidirektion in Koblenz werden im Saarland jährlich eine niedrige dreistellige Anzahl und in Rheinland-Pfalz eine hohe dreistellige Anzahl solcher Fälle bekannt. „Das diesbezügliche Dunkelfeld dürfte um ein Vielfaches höher liegen“, erläuterte eine Sprecherin. Die Bundespolizeidirektion ist für das Saarland, Hessen und Rheinland-Pfalz zuständig. Unbefugtes Betreten von Gleisanlagen ist eine Ordnungswidrigkeit und kann mit einem Bußgeld geahndet werden. Wird durch das unerlaubte Überqueren der Gleise die Sicherheit des Bahnverkehrs gefährdet, kann auch die Straftat eines gefährlichen Eingriffs in den Bahnverkehr im Raum stehen. Hier drohen Geld- oder Freiheitsstrafen.

„Oftmals nutzen Personen den Weg über die Gleise, um Zeit zu sparen, um den Zug rechtzeitig zu erreichen oder Verspätungen zu vermeiden“, erläuterte die Sprecherin. Um Menschen für die Gefahr zu sensibilisieren, organisiert die Bundespolizeidirektion Koblenz Präventionsveranstaltungen etwa in Schulen oder Kindertagesstätten. In Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn würden auch Warnbanner an Gefahrenorten angebracht.

Fortsetzung folgt

FERNSEHEN / WETTER

ARD Die Erste
5.30 ZDF-Morgenmagazin 9.00 Tagess. 9.05 WaPo Bodensee 9.55 Tagess. 10.00 Meister des Alltags 10.30 Wer weiß denn sowas? Zu Gast: Luisa Charlotte Schulz, Sandra Sprünken 11.15 ARD-Buffer. U.a.: Rezepte: Crispy Tacos...

ZDF
5.30 MoMa 9.00 heute Xpress 9.05 Volle Kanne. U.a.: Richtig spenden - Seriose Organisationen erkennen 10.30 Notruf Hafenkante. Krimiserie. Vater, Mutter, Kind. Mit Sanna Englund, Matthias Schloo 11.18 sportstudio live. Biathlon / ca. 13.00 Skicross / ca. 14.05 Biathlon / ca. 15.40 Skispringen / ca. 17.35 Skeleton / ca. 17.45 Skeleton

RTL
5.20 CSI: Den Tätern auf der Spur 6.00 Punkt 6 7.00 Punkt 7 8.00 Punkt 8 9.00 GZSZ 9.30 Unter uns 10.00 Ulrich Wetzell - Das Strafgericht. Doku-Soap 11.00 Barbara Salesch - Das Strafgericht 12.00 Punkt 12. Magazin 15.00 Barbara Salesch - Das Strafgericht. Doku-Soap. Angeblich Toter bricht in Haus von Kriminalkommissar ein

SAT.1
5.30 SAT.1-Frühstücksfernsehen. Zu Gast: Verona Pooth, Sascha Zöllner, Marie Helmschmid 10.00 Auf Streife. Streit unter Geschwistern / Das Krümelmonster / Ein Elefant mit zwei Rüsseln 13.00 Auf Streife - Die Spez. Dünne Luft / Wer ist die Schönste im ganzen Land 15.00 Auf Streife - Die neuen Einsätze. Doku-Soap. Angriff auf Prostituierte

PRO 7
5.10 taff 5.55 Galileo 7.00 Die Simpsons 7.55 Brooklyn Nine-Nine 8.45 The Middle 9.40 Two and a Half Men 11.00 The Big Bang Theory 12.20 Scrubs 13.15 Two and a Half Men 14.40 The Middle. Comedyserie 15.40 The Big Bang Theory. Comedyserie. Die Entspannungs-Enttäuschung / Die Führerschein-Frage / Das Erziehungs-Experiment

SWR RP
6.00 Morningshow 7.55 Sturm der Liebe 8.45 In aller Fr. - Die jungen Ärzte 9.30 Tierärztin Dr. Mertens 10.20 Nashorn & Co. 10.50 Brisant 11.20 Eisenbahnromantik 11.50 Verrückt nach Meer 12.40 ARD-Buffer 13.25 Schlauberger - Quizzen, was Spaß macht! 13.55 Gefragt - Gejagt 14.40 Meister des Alltags 15.10 Quizduell-Olymp. Show

HR hr
6.15 Giraffe & Co. 7.05 Warum bin ich wie ich bin? 7.35 alle wetter 7.50 Maintower 8.15 hessenschau 8.45 Die Ratgeber 9.15 Alles Wissen 10.00 Rote Rosen 10.50 Sturm der Liebe 11.40 Papa auf Probe. TV-Komödie (D 2013) 13.10 Watzmann ermittelt 14.00 strassenstars 14.30 Gefragt - Gejagt 15.15 Mit dem Zug .... durch Spaniens Norden

WDR
8.25 Gefragt - Gejagt 9.10 Servicezeit 9.40 Aktuelle Stunde 10.25 Lokalzeit 10.55 Planet Wissen 11.55 Elefant, Tiger & Co. 12.45 aktuell 13.00 Das Waisenhäus für wilde Tiere - Abenteuer Afrika 13.50 Panda, Gorilla & Co. 14.20 Morden im Norden 16.00 aktuell 16.15 Hier und heute 18.00 aktuell / Lokalzeit 18.15 Unsere eigene Farm - Hier blüht uns was. Die ersten Winter am Niederrhein - Christina und Gianluca 18.45 Aktuelle Stunde 19.30 Lokalzeit 20.00 Tagess. 20.15 Lokalzeit live. Lichterglanz und Budenzauber - die Weihnachtsmärkte im Westen 21.45 aktuell 22.00 Kölner Treff. Talk 0.15 Die Florian Schroeder Satireshow

BAYERN BR
9.10 Dahoam is Dahoam 10.10 Sternstunden aktuell 10.15 Panda, Gorilla & Co. 11.05 Giraffe, Erdmännchen & Co. 11.55 Sternstunden aktuell 12.05 Geisterkatzen 12.50 Sternstunden aktuell 12.55 Gefragt - Gejagt 13.40 Quizduell - Olymp 14.30 Sternstunden aktuell 14.40 WaPo Berlin 15.30 Schnittgut 16.00 BR24 16.15 Wir in Bayern 17.30 Abendschau. Magazin 18.00 Abendschau 18.30 BR24 19.00 Unser Land. Magazin 19.30 Landgasthäuser. Reportagereihe. U.a.: Fränkische Weihnacht 20.00 Tagesschau 20.15 Sternstunden Gala 2024. Show 23.15 BR24 23.30 Heißmann + Rassau. Show. Lachflash

3SAT sat
13.25 Loipenlust - Der finnische Nationalsport erobert Voralberg 13.50 Roseggers Waldheimat - Ein Jahr im Zauberwald 14.45 Am Fuß des Glockners 15.30 Leben zwischen Dreitausendern - Das Zillertal im Winter 16.15 Winter im Pongau 17.00 Weiß wie Schnee 17.45 Der Dachstein - Ansichten vom Ewigen Eis 18.30 nano 19.00 heute 19.20 Kulturzeit 20.00 Tagess. 20.15 Die Glasbläserin. TV-Historienfilm (D/CZ 2016) Mit Luise Heyer 21.45 Auf Entdeckungsreise mit Karl Pörlberger. Reportagereihe 22.00 ZIB 2 22.25 Star Seraphim Falls - Gnadenlose Jagd. Drama (USA 2006) 0.10 10vor10

Sport1
5.00 Teleshopping. Werbesendung 7.00 Exatlon Germany - Die Mega Challenge 9.30 Die PS-Profis - Mehr Power aus dem Pott 9.45 Eastside Motors - Kaufrausch in Dresden 10.35 Die Drei vom Pfandhaus 12.15 My Style Rocks 14.45 Storage Hunters. Dokumentationsreihe. Alte Bekannte & Das Lager des Jahrhunderts / Kammerjäger und Kanonen / Wettlauf ums Geld 16.45 My Style Rocks. Show 19.15 American Pickers - Die Trödelsammler. Doku-Soap. Die Traumfabrik 20.15 Exatlon Germany - Die Mega Challenge. Show 22.45 My Style Rocks. Show 1.15 SEK Ludolf - Das Schrott-Einsatz-Kommando

KABEL1
5.45 Elementary. U.a.: Ein Bombengeschäft / Mehrere Städte wert / Der nackte Zeuge 10.15 The Mentalist. Bleiche Knochen, roter Lehm / Lazarus / Weiße Orchideen / Red John / Romeo und Julia 14.50 Castle. Krimiserie. Tödliche Schulden 15.50 newstime 16.00 Castle. Wettbüro 16.55 Abenteuer Leben täglich. Luxus#45-Glamouröse Beachclubs 17.55 Mein Lokal, Dein Lokal. „Anna & Paul“, Berlin 18.55 Achtung Kontrolle! Ein fliegender Pool in München 20.15 Das Letzte Lebenszeichen. Reportagereihe 22.20 Deutschlands spektakulärste Kriminalfälle. Dokureihe 0.15 SPIEGEL TV Verbrechen

VOX
5.15 Medical Detectives 5.55 CSI: NY 7.35 CSI: Den Tätern auf der Spur 9.25 vox nachrichten 9.30 CSI: Den Tätern auf der Spur 11.15 CSI: Miami 15.00 Shopping Queen 16.00 Guidos Deko Queen 17.00 Zwischen Tüll und Tränen. Wächtersbach, „Lieben. Achten. Ehren“ / Leipzig. „Happy Day Brautmoden“ 18.00 First Dates. Doku-Soap 19.00 Das perfekte Dinner. Doku-Soap. U.a.: Tag 5: Philipp, Köln 20.15 Goodbye Deutschland! Die Auswanderer. Doku-Soap. Ein Verbrechen in der Türkei / Neues Leben nach Ball-Knast 22.15 \* Peppermint - Angel of Vengeance. Actionthriller (USA/HK/CHN 2018) 0.15 vox nachrichten

KIKA
8.05 Zoës Zauberschrank 8.40 Lauras Stern 9.05 Simon Superhase 9.15 Ene Mene Bu 9.30 Wuffel, der Wunderhund 9.40 Die Abenteuer des kleinen Hasen 10.10 KIKANINCHEN 10.15 Ernest & Célestine 11.00 logo! 11.15 \* Kap'n Sharky. Animationsfilm (D 2018) 12.25 Snowsnaps' Winterspiele 12.35 Garfield 13.00 Tashi 13.25 Zoom 13.50 Wahrheit oder Pflicht 14.10 Schloss Einstein - Erfurt 15.05 Tinka und der Spiegel der Seele 15.45 Peter Pan - Neue Abenteuer 16.10 Power Sisters 16.35 The Garfield Show 17.00 Minus Drei und die wilde Lucy 17.25 Die Schlümpfe 17.50 Snowsnaps' Winterspiele 17.55 Beuto-lomäus und der wahre Weihnachtsmann 18.10 Der kleine Prinz und seine Freunde 18.35 Tilda Apfelkern 18.50 Sandmännchen 19.00 Robin Hood - Schlitzloch von Sherwood 19.25 logo!

NDR
11.30 Brasilien - Karneval in São Luis 11.40 WaPo Bodensee 12.25 In aller Fr. 13.10 IAF - Die jungen Ärzte 14.00 Wanderung, das Weihnachtsdorf 14.30 Weihnachtsbaum extrem - Händler, Sammler, Schwertransporte 15.00 Info 15.15 Abenteuer Diagnose 16.00 Info 16.15 Gefragt - Gejagt 17.00 Info 17.10 Seehund, Puma & Co. 18.00 Regional 18.15 Hofgeschichten 18.45 DAS! 19.30 Regional 20.00 Tagess. 20.15 DAS! Spezial - Hand in Hand für Norddeutschland. Magazin. Motto: „Aus einsam wird gemeinsam“ 21.45 Info 22.00 Talk Show 0.05 NDR Talk Momente mit Rudi Carrell. Talkshow

PHOENIX
13.30 phoenix plus 14.00 phoenix vor ort 14.45 Leben in Putins Visier - Das Baltikum zwischen Russland und der EU 15.30 phoenix runde 16.00 maybrit illner 17.05 Ukraine Krieg nachgehakt 17.15 Das sozialistische Tier 17.30 der tag 18.00 Greenwashed? 18.30 Die Wagenknecht-Story - Rebellin, Realistin, Populistin? 19.15 Generation DDR. Geboren im Osten 20.00 Tagesschau 20.15 Sündenbabel Berlin. Dokureihe. U.a.: Traumfabrik und Todesengel 21.45 Jagd auf Dagobert - Vom Verbrecher zum Volkshelden 22.30 Der Krypto-Visionär und der Millionen-Raub. Doku 23.00 phoenix der tag. Nachrichten

ARTE
6.30 Finnland, die rasenden Schrottkisten 7.25 Stadt Land Kunst 9.00 Lichterglanz im Norden - Winter in Stockholm und den Schären 9.55 Skandinavien 11.40 Märkte der Welt 12.10 Das zweite Leben der Windräder 12.40 Stadt Land Kunst 14.15 \* Der Schwarze Korsar. Piratenfilm (I 1976) 16.25 Zu Tisch ... 16.55 Irlands Wilder Westen - Grüne Insel, Graue Wüste 17.50 Die fabelhafte Welt der Fledermäuse 18.35 Die Sprache der Tiere 19.20 Arte Journal 19.40 Die Königin des Stierkampfes 20.15 Familie is nich. TV-Drama (D 2024) Mit Meret Becker 21.45 James Brown: Say It Loud 0.30 James Brown: Live at Montreux

EUROSP. 1
8.30 Snooker: Scottish Open 10.30 Biathlon: Weltcup 11.15 Biathlon: Weltcup, 7,5 km Sprint Damen. Aus Hochfilzen (A) 12.45 Ski Freestyle: Weltcup. Skicross der Damen und Herren, 2. Tag. Aus Val Thorens (F) 14.00 Biathlon: Weltcup, 10 km Sprint Herren. Aus Hochfilzen (A) 15.40 Skispringen: Weltcup. Super Team Herren (HS 142). Aus Titisee-Neustadt (D) 17.30 The Power of Sport 17.50 Langlauf: Weltcup. Teamsprint freier Stil der Damen und Herren. Aus Davos (CH) 19.00 Skispringen: Weltcup 19.45 Snooker: Scottish Open. Viertelfinale. Aus Edinburgh (GB) 23.00 The Minute 23.05 Snooker: Scottish Open

RTL2
5.10 Der Trödeltrupp 10.00 Frauenaustausch. Heute tauschen Sabine (51) und Angelika (44) die Familien / Heute tauschen Elisabeth (43) und Brigitte (46) die Familien 13.55 Hartz und herzlich - Tag für Tag Rostock. Doku-Soap. Trübel im Block 16.05 B:REAL - Echte Promis, echtes Leben. Doku-Soap. Die Bauruine 17.05 Hartz und herzlich. Dokumentationsreihe. Das Wiedersehen 19.05 Berlin - Tag & Nacht. Doku-Soap. Wenn ich Papa wäre... 20.15 \* Mad Max: Fury Road. Actionthriller (AUS/USA 2015) 22.45 \* Underworld. Horrorfilm (USA/GB/D/H 2003) 1.05 \* Shadow in the Cloud. Actionfilm (NZ/USA 2020)

MDR
5.00 Thüringen-Journal 5.30 Rote Rosen 6.20 Sturm der Liebe 7.10 Rote Rosen 8.00 Sturm der Liebe 8.50 In aller Fr. - Die jungen Ärzte 9.40 WaPo Bodensee 10.30 Elefant & Co. 10.58 aktuell 11.00 In aller Fr. 12.30 Zimmer mit Stall: Feuer unterm Dach. TV-Komödie (D 2020) 14.00 MDR um 2 14.25 Elefant & Co. 15.15 Gefragt - Gejagt 16.00 um 4 17.45 aktuell 18.05 Wetter 18.10 Brisant 18.54 Sandmännchen 19.00 Regional 19.30 aktuell 19.50 Elefant & Co. 20.15 Weihnachten mit André Rieu 21.45 MDR aktuell 22.00 Riverboat 0.05 \* Du und ich und Klein-Paris. Liebeskomödie (DDR 1971)

Legende
\* = Spielfilm
s/w = s/w
= Untertitel
= High Definition
= Stereo
= Zweikanal
= Dolby
= Aktuelle Ergänzungen

Wissen was läuft! Schifferstadter Tagblatt

DAS WETTER HEUTE

Weather forecast section including wind speed (2 km/h), astronomical data, temperature maps for Schifferstadt and Germany, and a table of weather conditions for various cities like Aachen, Berlin, Bremen, etc.

## Wald-Weihnachtsmarkt

Vogelpark Schifferstadt

**14. DEZ** 14 - 21 UHR | **15. DEZ** 14 - 20 UHR

Der Nikolaus besucht uns an beiden Tagen um 18 Uhr und hat eine süße Überraschung für die Kinder dabei.

Wir legen Wert auf regionale Verkaufsstände. Bei uns findest Du ein vielfältiges und außergewöhnliches Angebot.

Unser kulinarisches Angebot: Steakbrötchen, Bratwurst, Flammkuchen & Waffeln.

**VOGELPARK SCHIFFERSTADT**

Vogelpark Schifferstadt | Förderverein Angeltank Schifferstadt e.V.  
Mehr Infos unter [www.vogelpark-schifferstadt.de](http://www.vogelpark-schifferstadt.de) oder auf unserer Facebookseite.  
Gestaltung von Marco Stiegler - [www.marco-stiegler.de](http://www.marco-stiegler.de)

## #EIN STÜCK PFALZ

DIE PLATTFORM FÜR HEIMATGEFÜHL

Unsere Produkte finden Sie gut sortiert nun auch bei EDEKA Stiegler in Speyer und Mutterstadt

# Ab sofort auch bei



**Stiegler**  
Frische aus der Pfalz ...und der ganzen Welt

# in Speyer & Mutterstadt

E-Center Speyer, Am Rübsamenwühl 4, 67346 Speyer,  
EDEKA Stiegler, An der Fohlenweide 21, 67112 Mutterstadt

## Informiert sein: Ihre Abo-Möglichkeiten

<p><b>Klassisch:</b> Gedruckte Zeitung zum Preis von <b>30,50 Euro</b> pro Monat (Post 33,00 Euro) (vorbehaltlich Preisänderung)</p>  <p><b>30,50</b></p>	<p><b>E-Paper-Plus:</b> E-Paper-Abonnement mit Print-Wochenend-Ausgabe (Samstag) zum Preis von <b>26,50 Euro</b> pro Monat (vorbehaltlich Preisänderung)</p> <p><b>Wochenend-Abo:</b> Freitag/Samstag/Montag zum Preis von <b>17,00 Euro</b> pro Monat (vorbehaltlich Preisänderung)</p>	<h2>Print oder digital: Sie haben die Wahl!</h2>	<p><b>E-Paper</b> zum Preis von <b>25,50 Euro</b> pro Monat (vorbehaltlich Preisänderung)</p>  <p><b>25,50</b></p> <p>Online abonnieren unter <a href="http://www.schifferstadter-tagblatt.de/abo">www.schifferstadter-tagblatt.de/abo</a></p> 	<p><b>AboPlus</b> Gedruckte Zeitung + E-Paper zum Preis von <b>32,50 Euro</b> pro Monat (vorbehaltlich Preisänderung)</p>  <p><b>32,50</b></p>
--	--	--	---	---

Schifferstadter Tagblatt - Bahnhofstraße 70 - 67105 Schifferstadt - Telefon 06235/92690 - e-mail: [info@schifferstadter-tagblatt.de](mailto:info@schifferstadter-tagblatt.de) - [www.schifferstadter-tagblatt.de](http://www.schifferstadter-tagblatt.de)

# GEWERBE-BETRIEBE VOR ORT

Wir sind für Sie da!




Wir halten eine Vielzahl an Marken-Hörgeräten für Sie bereit! Hörgeräte im tollen Design inklusive neuester, digitaler Technik. **Zum Nulltarif\*!**

\*Gilt für Mitglieder gesetzlicher Krankenkassen mit Leistungsanspruch und gültiger ohenärztlicher Verordnung. Zusätzlich der gesetzlichen Zuzahlung in Höhe von 10,- € pro Gerät. Privatpreis 785,- € pro Hörgerät.

Bitte vereinbaren Sie telefonisch einen Termin.

**BRILLEN BOTT**  
Ihr Spezialist für gutes Hören

BRILLEN BOTT HÖRGERÄTE GmbH  
Telefon (0 62 35) 44 62 990  
67105 Schifferstadt - Kirchenstraße 28

**GUTES HÖREN ZUM NULLTARIF**  
SIE BEZAHLEN KEINEN CENT DAZU!\*

## Zweiradhaus MAYER OHG

Bahnhofstraße 70a 67105 Schifferstadt  
tel.: 0 62 35 / 21 36  
E-Mail: [info@zweiradhaus-mayer.de](mailto:info@zweiradhaus-mayer.de)

Find us  

**Seit 1926 in Schifferstadt**

## Friseur Sturm

Haare + Make up

**Unterstützung gesucht!!!**  
**Voll- oder Teilzeitkraft**

[www.friseur-sturm.de](http://www.friseur-sturm.de)

Hier könnte Ihre **Anzeige** stehen!

Werben mit System.  
Sprechen Sie uns an!

### Wir machen Ihre Steuererklärung.

Beratungsstelle Schifferstadt  
Beratungsstellenleiter Nikolai Hönes

- Maxstraße 2A 67105 Schifferstadt
- 06235 - 347 87 85
- [nikolai.hoenes@steuerring.de](mailto:nikolai.hoenes@steuerring.de)
- [www.steuerring.de/hoenes](http://www.steuerring.de/hoenes)

**Rundum-Service zum fairen Preis.**

Lohn- und Einkommensteuer Hilfe-Ring Deutschland e.V. (Lohnsteuerhilfeverein) | Wir erstellen Ihre Steuererklärung - für Mitglieder, nur bei Arbeitseinkommen, Renten und Pensionen.




*Einladen - Feiern - Dankesagen*

Feines und Schönes aus Papier  
Hochzeit - Geburtstag - Jubiläum - Trauer  
Geschäftsdrucksachen

**geier**  
GEIER-DRUCK-VERLAG KG

Bahnhofstraße 70  
67105 Schifferstadt  
Telefon 06235 92690  
[info@geier-druck-verlag.de](mailto:info@geier-druck-verlag.de)  
[www.geier-druck-verlag.de](http://www.geier-druck-verlag.de)